

Städtische Unternehmungen

Wiener Stadtwerke

Österreich lag auch in diesem Jahr, wie bereits 1970, mit seinem Wirtschaftswachstum im Spitzfeld der 16 europäischen OECD-Länder. Diese positive Entwicklung war der exportfördernden Währungspolitik, dem niedrig gehaltenen Kreditzinsniveau, der Umstellung der Industrieproduktion auf eine Produktion mit guten Wachstumschancen und der öffentlichen Investitionspolitik zu danken. Infolge des Mangels an Arbeitskräften wuchsen Produktion und Produktivität der Wiener Industrie allerdings langsamer als im gesamtösterreichischen Durchschnitt. Der Sicherung des Arbeitskräftepotentials, aber auch den Wachstumsimpulsen, die durch die Investitionen der Wiener Stadtwerke zur Verbesserung der Infrastruktur gegeben werden, kam daher größte Bedeutung zu.

In der wirtschaftlichen Lage der Wiener Stadtwerke wirkte sich die im Jahre 1970 beschlossene Pensionsentlastung erfolgverbessernd aus, doch blieb die Bilanz infolge der Situation der Verkehrsbetriebe weiterhin negativ. Der von der Stadtverwaltung durch die Übernahme der Pensionszahlungen angestrebte Entlastungseffekt trat nur zum Teil ein, die Verlustentwicklung konnte jedoch nicht gänzlich abgestoppt werden. Das im Statut für die Unternehmungen der Stadt Wien vorgegebene wirtschaftliche Ziel, die Aufwendungen voll zu decken, die Wirtschaftssubstanz der Anlagen zu erhalten und die technische sowie die wirtschaftliche Fortentwicklung zu gewährleisten, konnte nicht verwirklicht werden.

Die Elektrizitätswerke waren durch den weiterhin rapid ansteigenden Strombedarf zum wachsenden Kapitaleinsatz für die Anlagen gezwungen, ohne deren termingerechte Fertigstellung die Energieversorgung der Stadt Wien schon nach Ablauf weniger Jahre in Frage gestellt wäre. Schon gegen Jahresmitte hatten die österreichischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen erkannt, daß die geltenden Strompreise angesichts der enormen Kostensteigerungen seit der letzten Strompreisregulierung im Jahre 1965 keine Gewähr mehr für die Sicherung der Stromversorgung gaben. Verschärfend wirkte hierbei noch die Tatsache, daß die letzte generelle Strompreiserhöhung vom 1. Jänner 1965 nur ein Nachziehen auf den bereits 1958 nötigen, damals jedoch nicht voll genehmigten Erhöhungssatz gewesen war. Beim Erstellen des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1972 zeigte sich, daß trotz der noch positiven Erfolgssituation der Elektrizitätswerke der bisherige Tarif nicht mehr beibehalten werden konnte. Von rund 1.250 Millionen Schilling, das entspricht rund einem Fünftel des jährlichen Kapitalaufwandes der gesamten österreichischen Elektrizitätswirtschaft, die gebraucht worden wären, fehlten rund 320 Millionen Schilling für unumgänglich notwendige Investitionen; hätte man diese Investitionen unterlassen, hätte dies zu einem in Zukunft nicht mehr aufholbaren Energiemanko geführt. Somit mußte gemeinsam mit der übrigen Elektrizitätswirtschaft der Antrag auf Strompreiserhöhung eingebracht werden. Die Auseinandersetzung um das Ausmaß der vom Verbundkonzern und von den Landesgesellschaften für notwendig erachteten Erhöhung der Strompreise fand ihr vorläufiges Ende in einer Vereinbarung mit einem Ministerkomitee, die für Österreich im Durchschnitt eine generelle Strompreiserhöhung von 14 Prozent zugestand, den Termin für das Inkrafttreten der höheren Preise allerdings erst mit 1. Juni 1972 festlegte. Diese zu spät einsetzende und nicht ausreichende Strompreiserhöhung führte bei den Wiener Elektrizitätswerken dazu, daß zunächst die Mindereinnahmen des ersten Halbjahres 1972 durch zusätzliche Schuldenaufnahmen abgedeckt werden mußten, um wenigstens die wichtigsten und dringendsten Investitionen vornehmen zu können.

Bei den Gaswerken war neben der bisherigen Stadtgaszerzeugung die Umstellung auf Erdgasverteilung weiterzuführen; diese Maßnahme brachte finanzielle und organisatorische Belastungen mit sich. Es gelang jedoch, das wirtschaftliche Gleichgewicht der Gaswerke ohne Tarifkorrekturen zu erhalten, obwohl unter anderem der Erdgaspreis ab 1. März 1971 anstieg und Mehrausgaben von 12 Millionen Schilling verursachte. Dies ist deshalb besonders bemerkenswert, weil die letzte Tarifregulierung der Gaswerke im Jahre 1958 erfolgte und auch damals nur der Gaspreis dem Heizwert angepaßt wurde, so daß der Wärmepreis pro Kubikmeter Stadtgas praktisch seit dem Jahre 1952 unverändert ist.

Wie auch in den vorhergehenden Jahren bestand bei den Verkehrsbetrieben im Jahre 1971 eine zunehmende Divergenz zwischen den Aufwendungen und den Erträgen. Es wird dies verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß sich in den Jahren 1962 bis 1970 der Gesamtaufwand um 84,5 Prozent erhöhte, davon allein der Personalaufwand um 89,8 Prozent, während die Beförderungserträge nur um 16,3 Prozent zunahm. Der Verlust dieser Unternehmung erhöhte sich, bleiben die Zuschüsse der Hoheisverwaltung und der anderen Teilunternehmungen außer Betracht, im gleichen Zeitraum auf

mehr als das Dreifache. Ähnlich verhält es sich mit den Kosten je Beförderungsfall, die innerhalb dieser acht Jahre um 101,2 Prozent anstiegen, während die Erträge gleichzeitig nur um 31 Prozent angehoben werden konnten. Dieser Entwicklung versuchten die Verkehrsbetriebe dadurch zu begegnen, daß sie alle sich bietenden Rationalisierungsmöglichkeiten ausschöpften; ohne diese Vorgangsweise hätten die Kostensteigerungen noch größere Dimensionen erreicht. Es wurden zum Beispiel innerhalb von zehn Jahren 2.583 Bedienstete eingespart, obwohl die Verminderung der Wochenarbeitszeit allein beim Fahrpersonal 836 Mann Mehrerfordernis bedeutete. Allein in der Zeit von 1966 bis September 1971 konnten durch den Einsatz großräumiger Fahrbetriebsmittel 229 Bedienstete, durch die Verwendung von schaffnerlosen Beiwagen weitere 533 und durch die Umstellung auf Einmannbetrieb im Autobusverkehr 96 Bedienstete eingespart werden. Im Jahre 1971 waren von insgesamt 912 Beiwagen bereits 349 für den schaffnerlosen Betrieb eingerichtet, und von insgesamt 390 Autobussen wurden 176 im Einmannbetrieb geführt. Selbstverständlich sind derartigen Rationalisierungsmaßnahmen Grenzen gesetzt, oft werden sie auch durch neuerliche Kostensteigerungen wieder zunichte gemacht. Überdies lassen die zwangsläufig langfristigen Baukonzepte, die bestehende Betriebs- und Beförderungspflicht sowie die behördlichen Auflagen im Interesse der Sicherheit der Fahrgäste in der Vornahme von Investitionen und der Vergabe von Aufträgen so wenig Spielraum, daß sich das Anziehen der Preise in den einzelnen Wirtschaftssparten immer voll auswirkt. Nun ist es richtig, daß mit diesen Schwierigkeiten alle Nahverkehrsunternehmungen mehr oder weniger stark zu kämpfen haben. Bei den Wiener Verkehrsbetrieben spielt jedoch auch die mangelnde Ausstattung mit Eigenkapital in Form von flüssigen Mitteln eine Rolle. Die Bedürfnisse des modernen Nahverkehrs zwingen aber zu immer umfangreicheren und kostspieligeren Investitionen, die daher nur mit Fremdkapital finanziert werden können. Die laufenden Tilgungen und Zinsen für das aufgenommene Fremdkapital belasten die wirtschaftliche Gestion der Verkehrsbetriebe besonders stark. Eine Rückzahlung des in den Verkehrsbetrieben steckenden Fremdkapitals aus eigenem wird voraussichtlich nicht möglich sein.

Ein weiterer Umstand, der schon seit vielen Jahren für die schlechte wirtschaftliche Entwicklung der Verkehrsbetriebe mitverantwortlich ist, ist das Niveau der Sozialtarife. Ein Tarifvergleich mit anderen Verkehrsbetrieben zeigt, daß ein Normalfahrtschein bei den Wiener Verkehrsbetrieben zwar annähernd gleich viel kostet, daß Wien aber bei der Gewährung von Preisnachlässen absolut die Spitze hält. Allein die Differenz zwischen den von den Wiener Verkehrsbetrieben gewährten Sozialtarif-Rabattsätzen und den vom Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe in der Bundesrepublik Deutschland empfohlenen Durchschnittssätzen bedeutet eine jährliche Mindereinnahme von mindestens 300 Millionen Schilling, in zehn Jahren also von 3 Milliarden Schilling. Ein weiterer Rückstau der für die Verkehrsbetriebe lebensnotwendigen Einnahmen hätte eine sinnvolle Weiterführung dieses Unternehmens unmöglich gemacht und innerhalb kürzester Zeit irreparable Folgen für das Beförderungsangebot gehabt. Bei Fortdauer des Finanznotstandes ohne Änderung der Tarife hätten nicht nur neue, verkehrsverbessernde Investitionen unterbleiben, sondern auch bereits begonnene Vorhaben unterbrochen werden müssen, was sehr bald zu einschneidenden Betriebseinschränkungen geführt hätte. Die weitere Rücknahme des Verkehrsangebotes hätte einen verstärkten Zustrom zum Individualverkehr nach sich gezogen, eine Entwicklung, die weder im Interesse der Wiener Verkehrsbetriebe noch im Interesse des Verkehrs in den Straßen Wiens gewesen wäre. Es blieb daher zu Ende des Jahres 1971 keine andere Wahl, als den Antrag auf eine Erhöhung der seit fünf Jahren unveränderten Tarife zu stellen, der am 17. Dezember 1971 vom Gemeinderat genehmigt wurde. Neben einigen anderen Änderungen wurde ab 1. Jänner 1972 der Preis beim Tagesfahrtschein von 5 auf 6 S und beim Vorverkaufsfahrtschein von 4 auf 5 S angehoben. Diese Tarifierhöhung wird den Wiener Verkehrsbetrieben Mehreinnahmen von rund 190 Millionen Schilling im Jahre 1972 bringen. Weiters entschloß sich die Stadtverwaltung (Hoheitsverwaltung), den von den Wiener Stadtwerken im Zusammenhang mit der Pensionsentlastung zu leistenden Beitrag von 25 Prozent auf 20 Prozent der Aktivbezüge zu reduzieren, wodurch sich im Jahre 1972 eine weitere Entlastung um rund 71 Millionen Schilling ergab.

Um bare Geldmittel zu beschaffen, legte die Stadt Wien im Jahre 1971 wieder eine Anleihe mit einem Nominale von 600 Millionen Schilling auf, deren Erlös zur Gänze den Wiener Stadtwerken zur Verfügung gestellt wurde. Die Laufzeit dieser Anleihe wurde mit 15 Jahren bei einer Verzinsung von 7 Prozent jährlich festgelegt. Weitere Kredite wurden der Stadt Wien von der Wiener Hypothekengesellschaft in der Höhe von 150 Millionen Schilling mit einer Laufzeit von 25 Jahren und von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien von 80 Millionen Schilling mit einer Laufzeit von 10 Jahren gewährt und den Wiener Stadtwerken zur Verfügung gestellt. Demnach belief sich im Jahre 1971 die Fremdkapitalaufnahme auf insgesamt 830 Millionen Schilling. Dieses Fremdkapital wurde für Investitionen verwendet, die aus der laufenden Gebarung nicht hätten finanziert werden können, die aber zur Abdeckung der überproportional wachsenden Bedürfnisse der Wiener Bevölkerung unbedingt notwendig waren.

Mit diesem Fremdkapital wurden unter anderem die erste Ausbaustufe des Kraftwerkes Donaustadt, die eine Leistung von 150 MW aufweisen wird und im Jahre 1973 den Betrieb aufnehmen soll, der Ausbau des 110 kV-Kabelnetzes, der Bau sowie der Ausbau der Umspan- und Unterwerke Favoriten, Speising, Stadlau, Zedlitzhalle, Nord, Südost und West, aber auch der Ausbau des Stadtgas- und Erdgasrohrnetzes, Arbeiten an den Erzeugungsanlagen für Stadtgas, die während der Erdgasumstellung im Laufe von rund zehn Jahren nur schrittweise abgebaut werden können, sowie die Errichtung von Erdgas-Druckregel- und -Meßstationen, ferner der Bau einer neuen Zentralwerkstätte der Verkehrsbetriebe in Simmering, die auch für den künftigen U-Bahn-Bedarf eingerichtet sein wird, der Ankauf von Großraumwagen und modernen Autobussen als Ersatz für überalterte Fahrzeuge und schließlich der Umbau von Autobussen auf Einmannbetrieb und Gasmischbetrieb sowie von Beiwagen für den schaffnerlosen Betrieb finanziert.

Wenn diese Investitionen auch der Wiener Wirtschaft einen wirksamen Auftrieb geben, so darf nicht übersehen werden, daß die Wiener Stadtwerke durch sie in eine von Jahr zu Jahr wachsende Verschuldung geraten, deren Abbau noch zukünftige Generationen vor schwere Aufgaben stellen wird. Das Problem der wachsenden Schuldenlast im Zusammenhang mit der Erfüllung kommunaler Aufgaben trifft allerdings nicht nur Wien, vielmehr handelt es sich hier um eine weltweite Erscheinung. Alle Gemeinden im Inland, aber auch im Ausland müssen gewaltige, ihre finanziellen Kräfte oftmals übersteigende Leistungen erbringen. In Österreich führen die Gemeinden fast 55 Prozent aller öffentlichen Investitionen durch, vor allem auf den Gebieten der Infrastruktur und des Umweltschutzes.

Auch an der Entwicklung der Energiewirtschaft ganz Österreichs ist zu ersehen, daß die Anforderungen an die finanzielle Leistungskraft der Wiener Stadtwerke noch lange nicht ihren Kulminationspunkt erreicht haben, sondern daß diese, wie auch die mittelfristigen Finanzpläne zeigen, weiterhin einen progressiven Verlauf nehmen werden. Im Jahre 1971 betrug die Investitionen der Elektrizitätswirtschaft 5,2 Milliarden Schilling und waren damit um 16 Prozent höher als im Vorjahr. Insgesamt werden in den Jahren 1971 bis 1980 rund 70 Milliarden Schilling für Investitionen gebraucht werden, von denen allein auf die Verbundgesellschaft rund 22 Milliarden Schilling und auf die Wiener Elektrizitätswerke fast 15 Milliarden Schilling — auf der Preisbasis des Jahres 1971 berechnet — entfallen werden. Die Investitionen für die Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung haben sich zwischen 1960 und 1970 nahezu vervierfacht und weisen weiterhin einen steigenden Trend auf. Alle Anzeichen deuten somit darauf hin, daß die kommenden Jahre im Zusammenhang mit dem wachsenden Wohlstand der modernen Verbrauchsgesellschaft, vor allem in den Ballungszentren, eine Explosion der Bedürfnisse mit sich bringen werden, deren Befriedigung die Gemeinden vor gewaltige finanzielle Aufgaben stellen wird.

Für die Verkehrsbetriebe ergaben sich aus den vom Bund gewährten Schülerfreifahrten betriebliche Probleme. Die Schülerfahrten vermehrten sich durch die Freifahrten in weitaus stärkerem Ausmaße als ursprünglich angenommen worden war. Während in den früheren Jahren von den Wiener Verkehrsbetrieben jährlich rund 50.000 Schülerkarten ausgegeben wurden, verdoppelte sich mit dieser Aktion die Zahl der beanspruchten Fahrausweise; es machten also rund 40 Prozent der Wiener Schüler und Hochschüler von der Möglichkeit der Gratisfahrt Gebrauch. Infolge dieser zusätzlichen Fahrgäste wurden plötzlich mehr Wagen und mehr Personal benötigt, andererseits verringerte sich der ohnehin schon äußerst geringe Durchschnittserlös je Fahrgast.

Der ständig wachsende Personalmangel führte zu dem Entschluß, neben den schaffnerlosen Beiwagen auch schaffnerlose Triebwagen einzusetzen. Die Führung von schaffnerlosen Zügen setzt allerdings zahlreiche technische Einrichtungen voraus, wie etwa die Totmanneinrichtung, die Funkeinrichtung und eine automatische Zugabfertigung; diese Einrichtungen sind vor allem im Interesse der Sicherheit der Fahrgäste notwendig. Die ersten solcherart ausgerüsteten Linien werden im Jahre 1972 den völlig schaffnerlosen Betrieb aufnehmen.

Auch in der Energieversorgung ergaben sich im Herbst 1971 für die österreichische Elektrizitätswirtschaft Schwierigkeiten. Die Ursachen hierfür lagen in der nur alle 50 bis 60 Jahre auftretenden außergewöhnlich niederschlagsarmen Witterung, die zur Folge hatte, daß die Erzeugung der Wasserkraftwerke weit hinter dem Regelarbeitsvermögen zurückblieb und die Jahresspeicher während der Sommermonate nur zum Teil gefüllt werden konnten. Infolge der extrem niedrigen Wasserführung konnten die Wasserkraftwerke nicht mehr ihr normales Stromangebot zur Verfügung stellen, so daß die Stromerzeugung aus Wasserkraft um rund 16 Prozent hinter dem langjährigen Durchschnitt zurückblieb. Eine Drosselung der Stromexporte, erhöhte Stromimporte durch die Verbundgesellschaft sowie verstärkter Einsatz der kalorischen Werke Österreichs, von denen das Werk Simmering mit 510 MW das größte ist, mußten das entstandene Strommanko ausgleichen. Auch dieser Umstand rechtfertigte die Entscheidung der Stadt Wien, innerhalb des Stadtgebietes ein zweites kalorisches Kraftwerk, das Kraftwerk Donaustadt, zu bauen, dessen erster 150 MW-Block zur Sicherung der Wiener Versorgung im Jahre 1973 den Betrieb aufnehmen wird.

Auf den 5. September des Jahres 1971 fiel der Jahrestag des Beginnes der Erdgasumstellung. Innerhalb dieses einen Jahres wurden 36.267 Haushalte auf den Erdgasbezug umgestellt. Es wurden in diesen Haushalten 68.595 Gasgeräte erfaßt, was einem Durchschnitt von ungefähr zwei Geräten pro Haushalt entspricht. 46.189 oder 67,3 Prozent der Geräte konnten umgestellt oder umgebaut werden, 22.406 oder 32,7 Prozent waren nicht mehr umbauwürdig. Für 2.139 Sozialfälle, 5,89 Prozent der Kunden, wurden die Umstellungskosten zur Gänze oder zu einem großen Teil vom Gaswerk oder vom Wohlfahrtsamt der Stadt Wien übernommen. Am linken Donauufer, in den Bezirken Floridsdorf und Donaustadt, konnten die Umstellungsarbeiten bis Ende Februar 1972 abgeschlossen werden. Dank der guten und gründlichen Vorbereitung verlief die Umstellung planmäßig. Pro Woche konnten mehr als 1.000 Haushalte umgestellt werden. Für das Jahr 1972 ist eine Beschleunigung der Umstellung auf 1.500 Kunden pro Woche vorgesehen, wodurch sich eine Jahresleistung von 75.000 Haushalten ergeben wird. Diese Beschleunigung wird die gesamte Umstellungszeit, die ursprünglich auf 15 Jahre geschätzt und bereits in der Vorplanung auf 12 Jahre herabgedrückt wurde, voraussichtlich auf nicht ganz 10 Jahre vermindern.

Von den organisatorischen Maßnahmen wären die im Herbst 1971 vollzogene Vereinigung der drei Datenverarbeitungsanlagen der Wiener Stadtwerke zum „Rechenzentrum der Wiener Stadtwerke“ hervorzuheben. Zug um Zug mit der Konzentration der Maschinen im umgebauten früheren Umspannwerk Alsergrund im Areal der Direktion der Elektrizitätswerke wurden auch die beiden Anlagen des Systems IBM 360/40 mit 128.000 und 192.000 Kernspeicherstellen gegen zwei Anlagen des Systems IBM 370/145 mit je 256.000 Kernspeicherstellen ausgetauscht. Damit sind die Wiener Stadtwerke das erste Unternehmen im europäischen Raum, das das Modell 145 des IBM-Systems 370 in Betrieb genommen hat. Gleichfalls im Herbst 1971 wurde ein optischer Handschriftbelegleser IBM 1287 in Benützung genommen. Es ist beabsichtigt, das Rechenzentrum im Frühjahr 1972 um einen Magnetplatten-Großspeicher, System IBM 3330, sowie um einige Datenein- und -ausgabestationen (Terminals) zu erweitern. Als dritte Anlage wurde die Rechenanlage IBM 1130 für technische Anwendungsgebiete der Wiener Stadtwerke in das Rechenzentrum der Zentralverwaltungsabteilung einbezogen. Bei den für das Rechenzentrum notwendig gewordenen Umbauten wurden modern ausgestattete und klimatisierte Arbeitsräume für etwa 80 Bedienstete geschaffen. Ungeachtet der Zentralisierung der elektronischen Datenverarbeitungsanlagen und der dadurch an das Personal gestellten Anforderungen konnten die von diesen Anlagen bereits besorgten Arbeiten sowie die Vorbereitungen für die Übernahme weiterer Arbeiten ohne Unterbrechung fortgeführt werden.

Im Jahre 1971 wurde die bezirkweise Einrichtung des integrierten kaufmännischen und technischen Kundendienstes für die Elektrizitäts- und Gaswerke sowie die Umstellung der gesamten Materialverrechnung der Wiener Stadtwerke auf ein integriertes Material-Informations-Dispositions- und -Abrechnungssystem weitergeführt. Es wurden auch rund 1.000 Bedienstete im richtigen Ausstellen der nunmehr von der Maschine zu lesenden Materialbelege geschult. Ferner wurden Bedienstete, die nicht dem Rechenzentrum angehören, in der elektronischen Datenverarbeitung ausgebildet, weil die Reorganisationen mit eigenem Personal erfahrungsgemäß sinnvoller und billiger durchzuführen sind als mit fremden Arbeitskräften.

Als besondere Leistung wäre anzuführen, daß das Neudurchrechnen aller Vordienstzeiten der Bediensteten der Wiener Stadtwerke, einschließlich des Aufbereiten der Daten in den Personalabteilungen, in einem Zeitraum von nur sechs Monaten bewältigt werden konnte. Der Zeitaufwand an der Maschine selbst, vom Rechnen bis zum Drucken des Bescheides und des Berechnungsbogens, betrug nur 3,2 Sekunden pro Bediensteten; bei Durchführung dieser Arbeiten mit der Hand wäre je Fall eine Stunde benötigt worden. Auch die mit der Umstellung von Stadt- auf Erdgas zusammenhängenden Arbeiten werden vom Rechenzentrum der Wiener Stadtwerke besorgt, und zwar vom Erstellen der Erhebungsunterlagen, dem Feststellen der Zahl der umbauwürdigen Geräte, dem Schreiben der Listen der neuen Geräte und Umbausätze sowie der Zustellisten und Fakturen bis zum Überwachen der Zahlungseingänge. Ohne Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung wäre der Personalaufwand für die Umstellung um 100 Prozent höher. Gewisse Arbeiten ergaben sich im Rechenzentrum auch durch die bei den Wiener Stadtwerken im Jahre 1971 begonnene Einführung der bargeldlosen Gehaltszahlung.

Im Jahre 1971 wurden insgesamt 74 Prüfberichte von der zentralen Abteilung für Innenrevision erstellt, die wertvolle Anregungen für Vereinfachungen und -verbesserungen enthielten, die nicht allein dem Unternehmen, sondern auch der Bevölkerung als Kunden der Wiener Stadtwerke zugute kommen werden.

Die Personalsituation konnte nur durch besondere Anstrengungen gemeistert werden. Zu Ende des Jahres 1971 waren bei den Wiener Stadtwerken 15.738 Bedienstete beschäftigt, demnach trotz der 729 Neuaufnahmen um insgesamt 403 Bedienstete weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Bei den einzelnen Teilunternehmungen war die Entwicklung sehr unterschiedlich. Während bei

den Elektrizitätswerken die Zahl der Beschäftigten um 24 und bei der Bestattung um 8 zunahm, ergab sich bei den Verkehrsbetrieben eine Verringerung des Personalstandes um 382 Bedienstete; Abnahmen waren vor allem bei den Bediensteten des Fahrdienstes sowie bei den Facharbeitern zu verzeichnen. Bei den Gaswerken sank die Zahl der aktiven Bediensteten gegenüber dem Vorjahr um 153, doch führte dies bei der Umstellung der Versorgung der Stadt Wien von Stadtgas auf Erdgas zu keinem Engpaß auf dem Personalsektor. Einschließlich der 515 bis zum Jahresende in den Ruhestand versetzten Bediensteten verzeichneten die Wiener Stadtwerke am 31. Dezember 1971 insgesamt 17.535 Pensionsparteien, um 206 weniger als zu Ende des Jahres 1970.

Selbstverständlich wäre der Bedarf an Personal infolge der ständigen Erweiterung der Leistungen auf dem Energiesektor sowie zur Bereitstellung des erforderlichen Beförderungsangebotes durch die Verkehrsbetriebe entsprechend groß. Auch der Umstand, daß für das im Bau befindliche Dampfkraftwerk Donaustadt qualifiziertes Personal gebraucht werden wird, das schon jetzt geschult werden muß, bedingt, daß Personal beschafft werden muß. Da der Arbeitsmarkt aber als ausgeschöpft bezeichnet werden kann, ist es schwierig, das notwendige Personal zu bekommen. Da ein Ausgleichen des Personalunterstandes durch vermehrte Überstundenleistungen weder im Interesse des Dienstgebers noch der Dienstnehmer liegt und zusätzliche Überstunden in den Sparten, in denen schon bisher Überstundenleistungen erforderlich waren, gar nicht mehr gemacht werden können, kam der Personalwerbung entscheidende Bedeutung zu. Es bestand vor allem Mangel an kaufmännischem Personal, Elektrikern, Straßenbahnfahrern, Autobuslenkern und Hilfsarbeitern. Neben den üblichen Werbemitteln, wie Werbeeinschaltungen in Tageszeitungen und anderen Publikationen, Werbeplakaten, Prospekten und Werbezetteln, die verteilt wurden, sollten während der Frühjahrs- und Herbstmesse sowie am „Tag der offenen Tür“ durchgeführte größere Werbeaktionen das Interesse für den Dienst bei den Wiener Stadtwerken wecken. Auf der Wiener Frühjahrsmesse hatte ein „tramway-Saloon“ einige Attraktionen zu bieten. Erstmals wurde auch zur Zeit der Frühjahrsmesse ein Drivotrainer für Straßenbahnfahrer, der es jedermann ermöglicht, an Hand von drei mittels Films simulierten Verkehrssituationen seine Reaktionsfähigkeit und sein Fahrgefühl zu testen, im Kontaktzentrum in der Mariahilfer Passage eingesetzt und sogar ein echter Straßenbahnführerstand installiert. Der Drivotrainer steht Interessenten nach wie vor zur Verfügung. Auf der Wiener Herbstmesse warb ein Autobus der Verkehrsbetriebe um Fahrpersonal. Ein großer Erfolg war das Probefahren mit Straßenbahn und Autobus, das bei den Wienern reges Interesse fand. Am „Tag der offenen Tür“ konnte auch die neue Zentralwerkstätte besichtigt werden. Bei dieser Gelegenheit wurde ebenfalls ein Autobusprobefahren veranstaltet. Ferner sollte eine gezielte Personalwerbeaktion Arbeitskräfte für die neue Zentralwerkstätte anwerben. Der Erfolg dieser Werbeaktion erfüllte zwar nicht alle Hoffnungen, doch konnte wenigstens bei den Autobuslenkern der Personalstand aufgefüllt werden. Da es der Werbung nur teilweise gelang, den Personalbedarf zu decken oder wenigstens dazu beizutragen, personelle Engpässe zu überwinden, mußten Rationalisierungsmaßnahmen, besonders bei den Verkehrsbetrieben, Abhilfe schaffen.

Im Rahmen der Aktion „Mitdenken macht sich bezahlt“, durch die die Bediensteten aufgerufen wurden, an einer Modernisierung der Verwaltung mitzuwirken, langten bis Ende des Jahres 1971 insgesamt 154 Verbesserungsvorschläge ein, von denen einige einer Geldprämie für wert befunden wurden; die höchste ausbezahlte Geldprämie betrug 25.000 S. Einer größeren Anzahl von Bediensteten wurden Sachprämien übergeben.

Die Schulung des Personals für den Dienstbetrieb erfolgte zum Teil bei den Wiener Stadtwerken selbst, zum Teil außerhalb des Unternehmens. In der Praxis wird die Schulung am Arbeitsplatz vorgenommen, theoretische Kenntnisse werden in Kursen, die der Vorbereitung auf die Dienstprüfungen dienen, vermittelt. Im Jahre 1971 bestanden 26 Bedienstete die Fachprüfung für den Verwaltungsdienst, 3 von ihnen mit ausgezeichnetem Erfolg, 71 Bedienstete legten die Fachprüfung für den Kanzleidienst ab, 6 erhielten eine Auszeichnung. Auch von den 28 Fachbediensteten des technischen Dienstes, die die einschlägige Prüfung bestanden haben, hatten 3 ein ausgezeichnetes Prüfungsergebnis zu verzeichnen. Von hochqualifizierten Fachkräften, die für spezielle Aufgaben in einer Teilunternehmung vorgesehen sind, kann die notwendige Ausbildung jedoch nur in Seminaren oder bei Ausbildungslehrgängen erworben werden. So wurde ein Kraftwerkmeister für den Blockbetrieb der Elektrizitätswerke in einem mehrmonatigen Lehrgang in Essen ausgebildet.

Um für die Zukunft vorzusorgen, wurden auch wieder kaufmännische Lehrlinge bei den Teilunternehmungen ausgebildet. Erfahrungsgemäß bleiben die Lehrlinge nach Ablauf der Lehrzeit dem Unternehmen erhalten. Dadurch gelingt es, wenigstens den Bedarf an kaufmännischem Personal einigermaßen zu decken. Zu Beginn des Jahres 1971 standen bei den Wiener Stadtwerken 184 Lehrlinge in Ausbildung; von diesen wurden 181 zu Industriekaufleuten und 3 zu technischen Zeichnern ausgebildet. Im September 1971 konnten wieder 80 kaufmännische Lehrlinge neu eingestellt werden. Zu Jahresende betrug der Stand der Lehrlinge 190. Da mit Lehrlingen, die zu technischen Zeichnern ausgebildet wur-

den, gute Erfahrungen gemacht wurden, ist beabsichtigt, im Jahre 1972 wieder technische Zeichnerlehrlinge einzustellen, um in dieser Berufssparte den Bedarf der Teilunternehmungen selbst decken zu können. Um eine möglichst vielseitige Ausbildung der Lehrlinge zu erreichen, werden sie in der sie ausbildenden Unternehmung sowohl in kaufmännischen als auch in technischen Abteilungen verwendet. Die Ausbildung erfolgt nach einem festgelegten Ausbildungsplan, dessen Einhaltung und Durchführung vom Zentraljugendbetreuer und den zu seiner Unterstützung bestellten Jugendbetreuern in den Teilunternehmungen überwacht wird. Die Lehrlinge und die jugendlichen Angestellten nahmen, wie dies bereits seit Jahren üblich ist, an Stenographie- und Maschinschreibwettbewerben teil. Ferner gab ihnen das Jugendbetreuungsprogramm die Möglichkeit, ihr Wissen durch die Teilnahme an Vorträgen und Führungen zu erweitern. Großen Anklang fand bei den jungen Leuten eine Schifffahrt in die Wachau.

Von den Dienstjubilaren hatte einer 50 Jahre, weitere 21 hatten 40 Jahre und 446 hatten 25 Jahre im Dienste der Wiener Stadtwerke verbracht. Als Anerkennung für ihre langjährige Dienstleistung erhielten die Jubilare ein vom Bürgermeister gefertigtes Diplom und eine Jubiläumsgabe.

In Würdigung ihrer Verdienste um die Republik Österreich wurden 4 Bedienstete der Wiener Stadtwerke vom Bundespräsidenten durch die Verleihung eines Ehrenzeichens ausgezeichnet.

Bei Blutspendeaktionen spendeten 1.473 Bedienstete im Jahre 1971 freiwillig Blut für die Blutbank des Allgemeinen Krankenhauses und für das der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien gehörende Sanatorium Hera.

Zu den Aufgaben einer modernen Personalverwaltung zählt die Unfallverhütung. Hiezu haben die Wiener Stadtwerke in den Teilunternehmungen Sicherheitsingenieure bestellt, die die Einhaltung der behördlichen und betriebsinternen Sicherheitsvorschriften überwachen. Die häufigste Unfallursache ist Unachtsamkeit. Deshalb wurden Plakate, Merkblätter, die Nachrichtenblätter „BS — Betriebssicherheit“ und „Sichere Arbeit“ sowie andere einschlägige Broschüren regelmäßig an die Bediensteten verteilt. Die Sicherheitsingenieure wirkten auch im Werkzeugausschuß der Wiener Stadtwerke mit; auf ihre Initiative wurden einige Werkzeuge und Geräte neu eingeführt, andere verbessert oder ausgetauscht. Weiters entsandten die Wiener Stadtwerke zu den Fachtagungen des Arbeitskreises „Sicherheitstechnik“ der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt Vertreter. Um die Bediensteten vor Unfällen zu bewahren, wurden sie durch Vorträge und Filmvorführungen mit den Gefahren vertraut gemacht. Erste-Hilfe-Kurse, die im Arbeitsunfallkrankenhaus Meidling stattfanden, vermittelten diesbezügliche Kenntnisse, und für die im technischen Dienst Tätigen wurden Führungen in das wiedereröffnete elektropathologische Museum veranstaltet. Bedienstete, die bei der Ausübung ihres Dienstes gesundheitlich besonders gefährdet sind, wurden periodisch einer ärztlichen Untersuchung unterzogen.

Die dienstrechtlichen Verbesserungen, die im Jahre 1971 für die Bediensteten der Stadt Wien und auch der Wiener Stadtwerke eingeführt wurden, wurden bereits unter dem Titel „Personalangelegenheiten“ besprochen. Die infolge der geänderten Bestimmungen über die Vordienstzeitenanrechnung notwendige Neuberechnung der Bezüge von 17.000 aktiven Bediensteten und Pensionisten konnte dank dem Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung abgeschlossen werden. Selbst die Jubiläumszeitpunkte und die für das Ausmaß des Erholungsurlaubes maßgeblichen Stichtage wurden berechnet. Die nun gespeicherten Daten sind auch ein erster Schritt zum Aufbau eines integrierten Personalinformationssystems. Spezielle Verbesserungen, die für Bedienstete der Wiener Stadtwerke geschaffen und die im Jahre 1971 wirksam wurden, sind: Die Vermehrung der zusatzfreien Tage für Bedienstete im Fahr- und Revisionsdienst von 35 auf 39 Tage ab 1. Jänner; eine Entschädigung für die Vortragenden in Schulungskursen für Betriebsbeamte und Werkmeister in den Bahnhöfen und Garagen der Verkehrsbetriebe sowie Zulagen für Arbeiten im Zusammenhang mit der Umstellung von Stadtgas auf Erdgas ab 1. März; ein Fahrtkostenzuschuß ab 1. April; die Erhöhung der Blockzulage für Bedienstete des Kraftwerkes Simmering; eine Änderung der Schichtzulage für Rüstwagenbedienstete der Abteilung für elektrische Anlagen der Verkehrsbetriebe sowie einer Selbstfahrerzulage ab 1. Juli 1971. Weiters wurden die Stellenpläne den erhöhten Anforderungen an die Bediensteten entsprechend verbessert.

Die angeführten Maßnahmen brachten für aktive Bedienstete und Pensionisten eine materielle Besserstellung, für das Unternehmen aber eine beträchtliche finanzielle Belastung. Die Erhöhung des Dienstgeberbeitrages zur Krankenfürsorgeanstalt für die aktiven Bediensteten und Pensionsparteien und die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage für die Krankenversicherung, den Wohnbauförderungsbeitrag und die Arbeitslosenversicherung verursachten gleichfalls ein Ansteigen des Personalaufwandes.

Elektrizitätswerke

Die Elektrizitätswerke verzeichneten für das Jahr 1971 im Vergleich zum Jahre 1970 eine Zunahme des Gesamtenergiebedarfes um 8,3 Prozent, somit von 3,807.600 MWh auf 4,124.100 MWh; davon erzeugten das Dampfkraftwerk Simmering 2,815.700 MWh und die eigenen Wasserkraftwerke

87.800 MWh. Die kalorische Eigenerzeugung war im Jahre 1971 um 18,6 Prozent größer als im Vorjahr und um 23,9 Prozent größer als im Jahre 1969. Der gesamte Energiebedarf hat sich, verglichen mit dem Jahre 1937, um 796,7 Prozent erhöht.

Die Annahmen, die die Grundlage für die Errichtung des neuen Dampfkraftwerkes Donaustadt waren, haben sich, wie das Anwachsen des Energiebedarfes zeigt, bestätigt. Die umfangreichen Untersuchungen über die langfristige Bedarfsentwicklung und über die Möglichkeiten zur Deckung des Energiebedarfszuwachses wurden weitergeführt. Neben dem Bau eigener Kraftwerksanlagen wurden auch Beteiligungen an Bauvorhaben von Sondergesellschaften erwogen.

Die höchste Belastungsspitze ergab sich im Stromnetz am 24. November 1971 mit 780 MW; sie war um 36 MW höher als im Jahre 1970 und um 70 MW höher als im Jahre 1969; gegenüber dem Jahre 1937 zeigte sie eine Zunahme um 633,2 MW. Der größte Tagesbedarf an elektrischer Energie seit dem Bestehen der Elektrizitätswerke wurde am 10. Dezember 1971 mit 16.474 MWh festgestellt.

Auf dem Brennstoffsektor konnte die Heizöllknappheit im Winter 1970/71 durch erhöhten Erdgas-einsatz im Kraftwerk Simmering abgefangen werden. Die Heizöllieferungen während des Jahres 1971 erfolgten planmäßig, so daß Versorgungsschwierigkeiten mit diesem Brennmaterial nicht aufgetreten sind. Im übrigen wurde weiterhin gemeinsam mit den Gaswerken vom sogenannten „Erdgasverbund“ eine optimale Ausnützung der zur Verfügung stehenden Erdgasmenge erreicht.

Am 18. Oktober 1971 begann eine Kommission des Rechnungshofes mit der Einschau in die Gebarung der Wiener Elektrizitätswerke als Landeselektrizitätsgesellschaft; die Prüfungstätigkeit wurde bis zum Jahresende nicht abgeschlossen.

Die Mitarbeit der Elektrizitätswerke in den verschiedenen Vereinigungen und Verbänden wurde im Jahre 1971 fortgesetzt, so vor allem in der Arbeitsgemeinschaft der Landeselektrizitätsgesellschaften, in der Kernkraftwerk-Planungsgesellschaft sowie in den Ausschüssen und Unterausschüssen des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs, des Österreichischen Verbandes für Elektrotechnik und in der Lichttechnischen Arbeitsgemeinschaft.

Die Energieerzeugung betrug in den eigenen Anlagen 2,903.491 MWh, davon entfielen auf das Dampfkraftwerk Simmering 2,815.712 MWh und auf die Kühlwasserauslaufturbine in diesem Dampfkraftwerk 1.831 MWh, auf die Wasserkraftwerke Opponitz, Gaming und Mitterndorf 45.450, 37.145 und 149 MWh sowie auf die Wasserkraftwerke der Hochquellenleitung in Wien 3.204 MWh. Das Wasserkraftwerk Mitterndorf hat am 4. Juni 1971 seinen Betrieb eingestellt. Von fremden Energieerzeugern wurden insgesamt 1,220.611 MWh elektrische Energie bezogen, davon lieferten die Österreichische Elektrizitätswirtschafts-AG 1,175.918 MWh, die Niederösterreichische Elektrizitätswerke-AG 192 MWh, die Burgenländische Elektrizitätswerke-AG 457 MWh, die Wasserkraftwerke Wildalpen 7.472 MWh und sonstige Wasser- und Dampfkraftwerke 36.572 MWh; mit den Wasserkraftwerken Wildalpen wurde der Lieferungsvertrag am 7. Dezember 1971 gelöst. Aus der eigenen Erzeugung und dem Ankauf standen der Wiener Elektrizitätswirtschaft insgesamt 4,124.102 MWh elektrische Energie zur Verfügung.

Um die Stromversorgung von Wien zu gewährleisten, mußten zum Teil bedeutende Ausbau- und Erhaltungsarbeiten an den Betriebsanlagen vorgenommen werden. Der Ausbau des Dampfkraftwerkes Simmering wurde mit der Inbetriebnahme des 110 MW-Blockkraftwerkes 6 vorläufig abgeschlossen. Zur reibungslosen Abwicklung des Energietransportes wurde mit der Erweiterung der bestehenden 110 kV-Innenraumschaltanlage begonnen, wobei die zu erwartende Leistung des künftigen Dampfkraftwerkes Donaustadt berücksichtigt wird. Der Umbau der 5 kV-Schaltanlage für eine Betriebsspannung von 10 kV konnte abgeschlossen werden; damit sind die Voraussetzungen für die Umschaltungen im Verteilernetz geschaffen. Um der Rohenergieversorgung jederzeit gerecht werden zu können, wurde das Heizöllager um einen Behälter vermehrt, so daß es nun eine Lagerkapazität von ca. 216.000 t aufweist. Im übrigen waren umfangreiche Erhaltungs- und Ergänzungsarbeiten im Werk 1 und in den Blockkraftwerken notwendig, um den vollen Einsatz des Dampfkraftwerkes Simmering sicherzustellen.

Der Bau des Kraftwerkes Donaustadt wurde planmäßig fortgeführt. Anfang April 1971 konnte mit der Montage des Kesselgerüsts und der Kesselhausstahlkonstruktion angefangen werden; die Faltblechfassadenverkleidung des Kesselhauses ist bereits fertiggestellt. Auch der im Gleitbauverfahren hergestellte, 145 m hohe Stahlbetonschaft des Schornsteines ist zur Aufnahme der Rauchrohre für zwei Kesselanlagen fertig betoniert. Das Maschinenhaus und das Schalthaus wurden im Rohbau fertiggestellt und die Außenwände des Maschinenhauses profilblechverkleidet. Ebenso wurde der Turbotisch schon betoniert, dagegen waren die Arbeiten an dem 160 t-Maschinenhauskran zu Jahresende noch nicht beendet. Um die Montagearbeiten in den Gebäuden im Winter fortführen zu können, wurde im Betriebsgebäude der für die Hilfsdampfversorgung vorgesehene 25 t/h-Dampfkessel installiert und im November für die Gebäudeheizungen in Betrieb gesetzt. Außer dem Betriebsgebäude konnte auch das Magazins- und Verwaltungsgebäude bis auf die Innenarbeiten fertiggestellt werden. Für den Bau des

Kühlwasserentnahmefeilers, der im Bühnenbereich der Donau errichtet wird, mußte eine Inselführung mit Spundwandumschließung ausgeführt werden. Die umfangreichen Aushubarbeiten für die Verlegung der Kühlwasserrohrleitungen im Überschwemmungsgebiet sowie die notwendigen Baumaßnahmen für die Querung der Hafentrambahn, des Hubertusdammes und des zukünftigen Donauentlastungsgerinnes stehen vor dem Abschluß. Mit der Verlegung der Kühlwasserrohrleitungen im Kraftwerksbereich wurde bereits begonnen. Ferner wurden in der 110 kV-Freiluftschaltanlage die Fundamente für die Portale und Schaltgeräte hergestellt. Auch die Kiesbettfundamente für die beiden zu errichtenden Heizöllagerbehälter mit je 30.000 t Fassungsraum konnten fertiggestellt werden.

Im Umspannwerk Nord wurde im Juni 1971 die neue 110 kV-Freiluftschaltanlage in Betrieb genommen. Der Neubau dieser Anlage mußte wegen der größeren Einspeiseleistung aus dem Verbundnetz und auch deswegen vorgenommen werden, um die Voraussetzung für die Verteilung der elektrischen Energie aus dem künftigen Kraftwerk Donaustadt zu schaffen. Mit der Inbetriebnahme des Umspannwerkes Zedlitzhalle Mitte des Jahres 1971 verfügen die Elektrizitätswerke erstmals über einen 110 kV-Stützpunkt im Zentrum der Stadt; infolge der direkten Abspannung auf 10 kV kann das bereits bis auf das äußerste ausgelastete 5 kV-Netz des 1. Bezirkes umgeschaltet und so die Sicherheit der Stromversorgung erhöht werden. In den Umspannwerken Stadlau, Leopoldstadt und Süd wurden zusätzliche Transformatoren für die direkte Abspannung von 110 kV auf 20 und 10 kV in Betrieb genommen. Im Umspannwerk Speising wurden die Arbeiten in der 110 kV-, 10 kV sowie in der Gleichrichteranlage zügig fortgesetzt, so daß die Anlagen im Sommer 1972 in Betrieb genommen werden können. Ferner wurde im Frühjahr 1971 mit dem Bau des 110/10 kV Umspannwerkes Handelskai auf einem Teil des Geländes des stillgelegten Dampfkraftwerkes Engerthstraße und mit der Errichtung einer 110 kV-Innenraumschaltanlage mit direkter Abspannung auf 20 und 10 kV im Umspannwerk Leopoldau begonnen. Durch den weiteren Ausbau von Netzkommandoanlagen in den Umspannwerken Neubad, und Engerthstraße sowie Nord, Stadlau und Leopoldau wurde die Aussteuerung der von diesen Werken versorgten Netze wesentlich verbessert.

Für die Energieversorgung der Straßen- und Stadtbahn mußten auch im Jahre 1971 erhebliche Investitionen vorgenommen werden. So mußten in den Umspannwerken Penzing, Leopoldstadt und Hütteldorf die störanfälligen und unrationellen Quecksilberdampfgleichrichter demontiert und durch Siliziumgleichrichter ersetzt werden. Die Planung für den Umbau des Umspannwerkes Schmelz sowie die Vorarbeiten für die Verstärkung und Erweiterung der Hochspannungsschaltanlagen in den Umspannwerken Liesing, Nord und Traiskirchen wurden zu Jahresende abgeschlossen.

Die Planungsarbeiten für die Wiener U-Bahn umfaßten unter anderem im Verkehrsbauwerk des Karlsplatzes eine zentrale Fernsteuerwarte, von der aus sämtliche Unterwerke für die Traktionsstromversorgung der U-Bahn in Zukunft fernüberwacht und ferngesteuert werden können.

Bei den Hochspannungsnetzen wurde im 110 kV-Freileitungsnetz das zweite Leitungssystem der bestehenden Freileitung zwischen dem Umspannwerk West und der Kabelaufführung Lainzer Tiergarten aufgelegt und im Dezember 1971 in Betrieb genommen. Im Oktober wurde mit der Errichtung einer neuen 110 kV-Doppelfreileitung vom Umspannwerk Südost nach Moosbrunn begonnen. Weitere größere Arbeiten im 110 kV-Kabelnetz waren eine Kabellegung vom Umspannwerk Süd über das neue Umspannwerk Speising zur Kabelaufführung Lainzer Tiergarten sowie eine weitere Verlegung vom Umspannwerk Liesing ebenfalls zur Kabelaufführung Lainzer Tiergarten, ferner die Einschleifung der bestehenden 110 kV-Verbindung zwischen dem Kraftwerk Simmering und dem Umspannwerk Leopoldstadt in das neue Umspannwerk Zedlitzhalle; insgesamt wurden bei diesen Arbeiten 44,8 km 110 kV-Einleiterölkabel verlegt.

Im 30 kV-Netz wurden 5,9 km Drehstromkabel neu verlegt, 2,6 km derartige Kabel mußten überdies im Bereiche von U-Bahn-Baustellen in andere Trassen umgelegt werden.

Im 20 kV-Netz konnte der Ausbau der Versorgungsleitungen für das Industriegebiet Strebersdorf-Scheydgasse beendet werden, die Kabelverlegungen für die Aufschließung der Kagraner Trabrennvereinsgründe wurden fortgesetzt, und mit der ersten Teillegung einer neuen 20 kV-Kabelanspeisung für den Winterhafen wurde begonnen. Insgesamt wurden im Zuge dieser und einer Reihe anderer Arbeiten 50,7 km 20 kV-Kabel verlegt und außerdem — vorwiegend in Niederösterreich — 14,4 km 20 kV-Freileitungen errichtet.

Die Umschaltung von 5 auf 10 kV wurde in den Versorgungsgebieten der Umspannwerke Michelbeuern und Leopoldstadt in der ersten Jahreshälfte 1971 abgeschlossen. Nach der Inbetriebnahme des neuen Umspannwerkes Zedlitzhalle erfolgte zwischen August und November 1971 die Umschaltung eines Teiles des 1. Wiener Gemeindebezirkes. Im Anschluß daran wurde mit der Umschaltung des vom Umspannwerk Neubad angespeisten Netzgebietes begonnen. Immer größeren Umfang nahmen die Kabelarbeiten im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau an. Schwerpunkte ergaben sich am Karlsplatz, ferner bei der Freimachung der Umleitungsstrecken im 4. und 10. Bezirk sowie am

Stephansplatz, Schwedenplatz und am Franz Josefs-Kai. In diesem Zusammenhang wurden auch 10 kV-Anspeisekabel für die künftigen U-Bahn-Gleichrichterstationen verlegt, die zunächst für die Baustromversorgung herangezogen werden. Insgesamt wurden in Wien und in den Ortsnetzen 170 km 10 kV-Kabel verlegt.

In den Niederspannungsnetzen der Wiener Elektrizitätswerke wurden im Jahre 1971 insgesamt 238 km Kabel verlegt. Die Schwerpunkte lagen in den Neuverkabelungen im Zusammenhang mit der Umschaltung von 3×220 V auf $3 \times 380/220$ V in den Wiener Bezirken 12 bis 19 sowie 21 und 22. Weiters wurden ca. 129 km Niederspannungsfreileitungen, vor allem in den Ortsnetzen, errichtet oder übernommen und verstärkt. Bei der Umschaltung vom Dreileiter- auf das Vierleitersystem wurden 1.180 Hausanschlüsse mit 13.916 Stromabnehmern und einem Anschlußwert von 50.678 kW umgeschaltet. Für die Straßenbahn und Stadtbahn wurden 43 km Einleitergleichstromkabel verlegt.

Die Erweiterung des 110 kV-Kabelnetzes, die Fernsteuerung von Umspannwerken und Schaltanlagen sowie der weitere Ausbau des Maschennetzes erforderten im Jahre 1971 die Verlegung von rund 100 km Fernsprech- und Steuerkabel. Die Zahl der verfügbaren Fernsprechstellen betrug zu Jahresende 2.553. Für den Betriebs- und Störungsdienst standen 59 mit Funk ausgestattete Fahrzeuge zur Verfügung.

Im Wiener Stadtgebiet sowie in den außerhalb desselben befindlichen Ortsnetzen erhöhte sich die Länge aller ober- und unterirdisch verlegten Hoch- und Niederspannungstarkstromleitungen um 285 km auf 13.124 km. Die Zahl der Hoch- und Niederspannungsanschlüsse war Ende Dezember 1971 mit 174.950 um 3.099 höher als im Vorjahr.

Im Jahre 1971 wurden im Versorgungsnetz der Wiener Elektrizitätswerke 1.692 Kabelmessungen und 271 Messungen an elektrischen Anlagen und Geräten vorgenommen. In den Prüffeldern der Herstellerfirmen konnten im gleichen Zeitraum bei 260 Abnahmeprüfungen rund 820 km Kabel und Leitungen ordnungsgemäß übernommen werden. Die für die Schutzeinrichtungen der elektrischen Anlagen zuständige Relaisstelle hatte neben den laufend durchzuführenden Überprüfungen der im Betrieb befindlichen Geräte umfangreiche Neuplanungen und Anschaffungen von Schutzeinrichtungen für Neu- und Umbauten vorzunehmen.

Bei den Tonfrequenzrundsteueranlagen konzentrierten sich die Arbeiten auf den Bau und die Inbetriebnahme der 183 Hz-Einspeisungen in den Umspannwerken Nord, Leopoldau und Stadlau. Diese Tonfrequenzeinspeisungen wurden nach einem neuen Patent der Wiener Elektrizitätswerke mit kosten- und raumsparenden Schaltungen ausgeführt. Weiters wurden ein fahrbarer Tonfrequenzsender für 1.050 Hz und 183 Hz sowie 1.050 Hz-Anlagen in den Umspannwerken Michelbeuern, Favoriten und Zedlitzhalle in Betrieb genommen.

Die Stromabnehmer im gesamten Versorgungsnetz der Elektrizitätswerke wurden zu Ende des Jahres 1971 über 6.200 Trafostationen mit 7.307 Transformatoren und einer Übertragungsleistung von 2.507.061 kVA versorgt. Die Zahl der Stationen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 168 Anlagen mit einer installierten Leistung von 147.450 kVA. 406 Trafostationen wurden von 5 auf 10 kV umgeschaltet. Die Werkstätte der Abteilung für Umspanneranlagen baute im Laufe dieses Jahres 1.270 Hochspannungs- und 2.000 Niederspannungsschaltfelder.

In der öffentlichen Beleuchtung wurden 11.584 Lampen neu in Betrieb genommen. Insgesamt waren zu Ende des Jahres 1971 im Wiener Stadtgebiet einschließlich der Verkehrsleuchten 200.539 Lampen mit einem Anschlußwert von 14.586 kW angeschlossen. Es mußten 560 Störungen behoben und 96.130 ausgebrannte Lampen ausgetauscht werden.

Umfangreiche Netzuntersuchungen wurden im Zusammenhang mit dem Neubau des Kraftwerkes Donaustadt und für den Ausbau des Trägernetzes für die nächsten 10 Jahre angestellt. Desgleichen waren eine Vielzahl von Lastfluß- und Kurzschlußberechnungen, die Abstimmung der Netzausbaupläne mit dem Ausbau der Kraft- und Umspannwerke sowie die Planung der Umschaltarbeiten von 5 auf 10 kV vorzunehmen.

In den Verbraucheranlagen waren zu Ende des Jahres 1971, einschließlich von 4.118 Spezialzählern, 1.208.223 Energieverbrauchszähler angeschlossen. Im Laufe des Jahres wurden in neuen Anlagen 35.372 Zähler angeschlossen und aus aufgelassenen Anlagen 13.554 eingeholt; 87.848 Zähler wurden ausgetauscht.

In den Werkstätten der Elektrizitätswerke wurden 57.161 Zähler instandgesetzt und 57.901 Zähler amtlich geeicht.

Ferner waren am 31. Dezember 1971 an Sonderanlagen an das Stromnetz 89.344 Heißwasserspeicher, 77.754 Speicheröfen und 94.165 Elektroherde angeschlossen.

Das Chemische Laboratorium der Wiener Elektrizitätswerke führte als staatlich autori-

sierte Prüfstelle neben den Untersuchungen für den Bedarf der Anlagen auch für fremde Firmen Isolieröluntersuchungen durch. Im Jahre 1971 wurden 6.026 Analysen vorgenommen, meistens Mineralöluntersuchungen. Für die Wiener Verkehrsbetriebe wurden sämtliche Schmier- und Treibstoffe auf ihre Eignung geprüft. Ebenso wurden die in den Werksanlagen verwendeten Anstrichmittel und Heizöle untersucht, aber auch die Abscheidungen in Rohren und Kesseln sowie das Kessel Speisewasser. In die einzelnen Fachausschüsse wurden Vertreter in beratender Funktion entsendet.

Das Physikalische Laboratorium, ebenfalls staatlich autorisierte Prüfstelle und außerdem Prüfstelle des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs, nahm für die Wiener Elektrizitätswerke 3.450 und für fremde Betriebe 1.360 Betriebsmittelpfahrungen vor. 340 Prüfungen wurden an Verbrauchsgeräten angestellt. 135 Prüfaufträge bezogen sich auf Installationsmaterial, 1.325 Prüfungen auf Glühlampen, Leuchten und deren Zubehör. Es wurden 1.747 Prüfzeichenbescheinigungen ausgestellt und 6.003 Prüfzeichen ausgegeben. Außerdem wurden 782 Prüfkarte registriert. Die Prüfungen an Elektrogeräten, Installationsmaterial, Glühlampen, Leuchten und anderem diente der Erlangung des Österreichischen Prüf- und Qualitätszeichens. Die Mitarbeit in verschiedenen technischen Ausschüssen des Österreichischen Verbandes für Elektrotechnik und des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs wurde fortgesetzt, ebenso die Zusammenarbeit mit den Prüfstellen des In- und Auslandes.

Der Kraftwagenbetrieb hatte infolge der Ausweitung der Arbeitsgebiete, besonders aber im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Kraftwerkes Donaustadt, dem U-Bahn-Bau und den zahlreichen Zählermontagen für Nachtspeicherheizanlagen eine wesentlich höhere Fahrleistung zu erbringen als im Jahre 1970. Im Jahre 1971 wurden mit Fahrzeugen der Elektrizitätswerke 3.441.868 km, mit fremden Fahrzeugen rund 19.000 km und mit beamteneigenen Fahrzeugen rund 426.000 km gefahren. Weitere 2.900 km legten die Beamten mit ihren Mopeds zurück.

Von den 3.756 Bediensteten der Elektrizitätswerke kamen im Laufe des Jahres 130 Dienstnehmer durch Unfälle zu Schaden. Von den Unfällen waren 102 leichte und 28 schwere; ein tödlicher Unfall war nicht zu beklagen. Nur 6 Unfälle waren Elektrounfälle, die übrigen ereigneten sich im Betrieb oder auf dem Weg. Bei 13 Verkehrsunfällen konnte die Unfallursache nicht geklärt werden.

Die Brandschutzorganisation des Unternehmens führte die Schulung des Personals durch. 16 Vorträge und Filmvorführungen wiesen auf die Möglichkeiten des Brandschutzes und die Feuerbekämpfung hin. Bei den Brandschutzübungen wurden besonderer Wert auf die praktische Anwendung der vorhandenen Geräte gelegt. Die Veranstaltungen wurden von Fachleuten der Feuerwehr und der Herstellerfirmen unterstützt. Erstmals nahmen auch 7 Bedienstete des Kraftwerkes Simmering an einem Atemschutzkurs der Wiener Feuerwehr und anschließend daran an den Übungen im Rauchgaskeller der Hauptfeuerwache Am Hof teil. In den Anlagen der Elektrizitätswerke ereigneten sich im Jahre 1971 auch 6 Brände, von denen 2 mit Hilfe der Feuerwehr und 4 vom eigenen Personal gelöscht werden konnten. Alle Objekte und Geräte wurden im Laufe des Jahres mehrmals auf Feuersicherheit überprüft und in Ordnung befunden.

Außer den mit der normalen Betriebsführung im Lastverteiler verbundenen Arbeiten waren infolge des Ausbaues des Kraftwerkes Simmering sowie der Umbauten und Erweiterungen in den Umspannwerken und Leitungsnetzen die notwendigen Ergänzungen der Fernmeß- und Fernmeldeanlagen durchzuführen. Die Erweiterungen an den Tonfrequenzrundsteueranlagen erforderten zusätzliche Umbauarbeiten und umfangreiche Sonderschaltungen. Ferner waren für den Landeslastverteiler neben anderen Agenden die Unterlagen für die Betriebs- und Wärmestatistik zu bearbeiten.

Neben dem Ausbau des Kundendienstes wurden die praktischen Arbeiten für das integrierte Kundeninformationssystem für den technischen und kaufmännischen Dienst fortgesetzt. Das zunehmende Interesse der Konsumenten an Nachtspeicherheizgeräten führte zu einer Neuorganisation für deren Genehmigung; diese können jetzt von den Bezirksgruppen und von den Betriebsstellen im Überlandnetz gegeben werden. Außerdem wurde mit den Wiener Gaswerken vereinbart, daß diese in Fällen, in denen eine Elektroheizung nicht aufgestellt werden kann, den Konsumenten das Aufstellen eines Gasheizofens anbieten.

Es langten 25.258 Anfragen wegen Anschlüssen ein, und obwohl nur rund 50 Prozent der beantragten Heizanschlüsse genehmigt werden konnten, erhöhte sich der Anschlußwert an Nachtspeicherheizgeräten (Heißwasserspeichern und Elektrospeicheröfen) um 124.310 kW von 483.161 kW auf 607.471 kW.

In Baden wurde eine neue Betriebsstelle eröffnet, in der die bisher von Schranawand, Vöslau und Baden betreuten Anlagen zusammengefaßt wurden. Eine weitere Betriebsstelle wird in Klosterneuburg errichtet.

Die Jahresabrechnung der Tarifabnehmer wurde im niederösterreichischen Versorgungsgebiet erstmals in den Monaten September und Oktober durchgeführt, in den Wiener Bezirken in den Monaten

November und Dezember 1971. Von Geldinstituten wurden die Gas- und Stromkosten für 296.900 Anlagen überwiesen.

In der Ausstellungs- und Beratungsstelle Mariahilf sprachen an den 237 Besuchstagen 26.322 Interessenten vor, und zwar die meisten wegen Elektroheizungen (26 Prozent); auf die übrigen Elektrogeräte verteilte sich das Interesse ziemlich gleichmäßig. Bei den zahlreichen Vorführungen an Elektrogeräten bestand die Möglichkeit, die Geräte selbst auszuprobieren. Vorträge, Lichtbilder und Filmvorführungen unterstützten den Einblick in die Elektrizitätserzeugung, die Entwicklung der Stromversorgung Wiens, die sicherheitstechnischen Vorkehrungen im Haushalt, die Tarifgestaltung und vieles andere mehr.

Die bei den Wiener Messen gezeigten Exponate bezogen sich vorwiegend auf Nachtstromspeicheranlagen und deren Anschlußbedingungen sowie auf die Tarifgestaltung.

Wie in den vergangenen Jahren gestaltete sich die Mitarbeit in den Fachausschüssen, Vereinigungen und Körperschaften rege.

Am „Tag der offenen Tür“ wurden Führungen im Dampfkraftwerk Simmering mit einer Beteiligung von ca. 650 Besuchern durchgeführt.

Gaswerke

Im Jahre 1971 belief sich die Stadtgas erzeugung auf 183,972.500 m³ Erdgas-Luftspaltgas sowie 467,727.800 m³ Erdgas-Wasserdampfspaltgas, wobei 253,424.100 m³ Erdgas beigemischt wurden. Die gesamte erzeugte Stadtgasmenge betrug 905,124.400 m³. Die Wärmemenge des erzeugten Stadtgases, auf Grund des Gebrauchsheizwertes der beim Kunden gemessenen Gasmenge berechnet, entsprach einer Energie von 4,104.634 MWh. Im Vergleich zum Jahre 1970 nahm die Stadtgas erzeugung um 2,95 Prozent ab.

An Erdgas wurden 412,7 Millionen Kubikmeter bezogen und zur Beimischung, zur Luft- und Wasserdampfspaltgas erzeugung sowie zur Kesselunterfeuerung verwendet.

Der Anteil des Werkes Simmering an der Stadtgas erzeugung betrug 470 Millionen Kubikmeter (51,93 Prozent), der des Werkes Leopoldau 435,1 Millionen Kubikmeter (48,07 Prozent). Einschließlich der Behälterdifferenz von 61.000 m³ haben die Werke insgesamt 905,063.400 m³ Stadtgas abgegeben. Diese Menge ist um 27,584.100 m³ (2,96 Prozent) kleiner als die entsprechende Menge des Vorjahres.

Das Stadtgas besteht aus Spaltgasen unter Zusatz von reinem Erdgas. In den Spaltanlagen wurde auch sowjetrussisches Naphtha (Benzin) als Rohstoff verwendet.

Der CO-Gehalt betrug bei dem vom Werk Simmering erzeugten Stadtgas 2,1 Prozent, bei dem vom Werk Leopoldau erzeugten 1,4 Prozent.

In das Versorgungsgebiet wurden insgesamt 905,063.400 m³ Stadtgas geliefert. Davon wurden 874,018.412 m³ verkauft und 2,082.988 m³ Stadtgas für den Eigenverbrauch außerhalb des Erzeugungsbereiches verwendet; die nutzbar abgegebene Stadtgasmenge betrug somit 876,101.400 m³, die Differenz auf die volle gelieferte Gasmenge ging als Meßverlust verloren. Die verkaufte Menge betrug je Einwohner des Versorgungsgebietes im Jahresdurchschnitt 493,09 m³, die nutzbar abgegebene Stadtgasmenge je Konsument belief sich auf 1.203,48 m³. Der obere Heizwert des abgegebenen Stadtgases erreichte 4.600 kcal/m³. Die größte erzeugte und die größte bezogene Stadtgasmenge pro Tag wurde am 5. März mit 5,930.200 m³ und 5,883.200 m³ registriert. Bei den geringsten abgegebenen und erzeugten Tagesmengen ergab sich eine geringfügige Zeitdifferenz, und zwar wurde die geringste Menge am 7. August mit 869.800 m³ erzeugt, während der geringste Tagesbezug von 780.900 m³ auf den 8. August fiel.

Von der angelieferten Erdgasmenge von 1.068,670.515 m³ wurden 20,014.090 m³ von den Österreichischen Stickstoffwerken AG Linz und 1.048,656.525 m³ von den Wiener Stadtwerken bezogen. Von der zuletzt genannten Erdgasmenge entfielen 524,552.855 m³ auf die Elektrizitätswerke und 524,103.670 m³ auf die Gaswerke. Von dem von ihnen bezogenen Erdgas gaben die Gaswerke 95,864.178 m³ an Sonderabnehmer (Gewerbe- und Industriebetriebe) sowie 15,530.932 m³ an Tarifabnehmer (Haushalte, Gewerbe und Industrie) ab.

Die Umstellung der Stadtgasversorgung auf reine Erdgasversorgung bringt auf Grund der jeweiligen jährlichen Umstellungsleistung ein ständiges Absinken der Stadtgasabgabe, aber zugleich eine Zunahme der Erdgasabgabe an die Tarifabnehmer mit sich. Um eine Vergleichbarkeit der Gasabgabe zu gewährleisten, wird hier die Erdgasabgabe an Tarifabnehmer auf Grund des Verhältnisses des Wärmewertes Erdgas : Stadtgas auf Stadtgasmenge umgerechnet angegeben: sie betrug bei einem angenommenen Heizwert des Stadtgases von 4.600 kcal/m³ 34,711.600 m³. Zuzüglich des an das Versorgungsgebiet abgegebenen Stadtgases von 905,063.400 m³ wurden somit — auf der Basis des Stadtgases berechnet — insgesamt 939,775.000 m³ Gas geliefert.

Im Jahre 1971 wurde eine Rohrnetzrechnung durchgeführt. In dem in diesem Jahre untersuchten Teil des Wiener Gasrohrnetzes befinden sich ca. 63 km Hoch- und Mitteldruckleitungen sowie etwa 439 km Niederdruckleitungen. Er umfaßt Teilgebiete von Favoriten und Liesing, Perchtoldsdorf, Kaltenleutgeben, Brunn am Gebirge, Maria Enzersdorf, Gießhübl, Vösendorf, Hengersdorf, Schwechat, Ober- und Unterlaa, Biedermansdorf, Wiener Neudorf, Mödling, Hinterbrühl, Laxenburg, Guntramsdorf, Gumpoldskirchen, Eichkogelsiedlung und Traiskirchen. Von den rund 780.000 Gaskunden der Wiener Stadtwerke befinden sich ca. 35.000 Abnehmer in diesem Gebiet. Der Bedarf von rund 105.000 Abnehmern wurde bereits durchgerechnet. Auf Grund der vorgegebenen Trennung der einzelnen Niederdrucksysteme voneinander, aber auch durch eine planmäßig durchgeführte Rohrnetztrennung am Meßtag wurden die angeführten Gebiete in zehn voneinander unabhängige Niederdruck-Netzteile aufgeteilt. Diese Gebiete werden von insgesamt 31 Gebietsregleranlagen versorgt. Als Grundlage zur Berechnung des Rohrnetzes wurde im Februar 1971 eine Druckvergleichsmessung durchgeführt. Die Analyse im Hinblick auf die Erdgasumstellung ergab, soweit die einzelnen Gebiete endgültig berechnet wurden, daß durch den vorgesehenen Verlauf der Umstellung mit keinen nennenswerten Versorgungsschwierigkeiten zu rechnen ist.

Die am 31. August 1970 begonnene Umschaltung des Versorgungsnetzes der Wiener Stadtwerke — Gaswerke von Stadtgas auf Erdgas wurde während des ganzen Jahres fortgesetzt. Es wurden die im Norden Wiens von den Wiener Stadtwerken — Gaswerke versorgten niederösterreichischen Gemeinden Groß-Enzersdorf, Lang-Enzersdorf, Bisamberg und Korneuburg umgeschaltet, so daß mit dem 21. und 22. Bezirk — mit Ausnahme eines kleinen Teilgebietes, das von der Nordbahn — Leopoldauer Straße — Donauefelder Straße — An der oberen Alten Donau begrenzt wird — das gesamte Gebiet nördlich der Donau mit Ende des Jahres 1971 von Stadtgas auf Erdgas umgeschaltet war. Lediglich die vom Werk Leopoldau ausgehenden Hochdruckrohrstränge I und XI, zur Versorgung der südlich der Donau gelegenen Stadtteile, werden weiterhin mit Stadtgas beschickt. Im Süden wurden die an das Versorgungsnetz der Wiener Stadtwerke — Gaswerke angeschlossenen niederösterreichischen Gemeinden Gumpoldskirchen, Traiskirchen — Wienersdorf, Möllersdorf, Guntramsdorf und Neu-Guntramsdorf (Eichkogelsiedlung) von Stadtgas auf Erdgas umgeschaltet.

Am 4. Jänner 1971 wurde mit der Umstellung der Haushalte des Rayons 16 (21, Großjedlersdorf) begonnen und bis zum Rayon 21 fortgeführt. Die Umstelleistung betrug ca. 700 Haushalte pro Woche. Von Ende Februar bis Anfang März wurde die Stadtgemeinde Korneuburg mit ca. 1.900 Gaskunden auf Erdgasbezug umgestellt. Anschließend wurde die Umstellung im Südosten Wiens, von Groß-Enzersdorf (Rayon 22) beginnend, in Richtung Wagramer Straße fortgeführt. Ab dem Rayon 27, in dem die Arbeiten am 19. April aufgenommen wurden, wurde die wöchentliche Umstelleistung wie geplant auf ca. 1.000 Haushalte gesteigert und gleichzeitig die Organisation der Rayonseinteilung geändert. Durch die wechselnde Struktur der Verbauung ergaben sich Schwankungen der Gerätedichte zwischen 1,45 und 2,93. Ab dem Rayon 27 wurde daher die Wochenleistung nicht mehr nach Haushalten, sondern nach Geräten eingeteilt.

Vor Beginn der Umstellung wurde durch Auszählung der Hausdienstkartei und Hochrechnung die zu erwartende Umstelleistung erfaßt. Bei 780.000 Kunden wurden 1,440.000 Gasgeräte ermittelt und damit eine Geräteanschlußdichte von 1,87 errechnet. Daraus ergibt sich für den Fall, daß Gebiete mit größerer Gasgerätedichte umgestellt werden, später einmal Gebiete mit geringerer Gasgerätedichte angetroffen werden müssen.

Um eine objektive Betrachtung der Umstelleistung überhaupt zu ermöglichen, müssen die umgestellten Kunden unter Berücksichtigung ihrer Geräteanzahl auf die Grundlage hochgerechnet werden. Damit ergibt sich folgende Formel: hochgerechnete Umstelleistung = erbrachte Umstelleistung \times vorhandener Anschlußdichte, und diese gebrochen durch die durchschnittliche Anschlußdichte (1,87).

Ab dem Rayon 56 (Leopoldau) konnte die Umstelleistung auf ca. 2.300 Geräte pro Woche gesteigert werden, was bei der berechneten Anschlußdichte von 1,87 einer Wochenrate von ca. 1.230 Anlagen entspricht. In den Rayons 16 bis 61 wurden insgesamt 42.764 Haushalte mit 82.485 Geräten umgestellt. Die Gerätedichte betrug daher 1,93. Auf Grund der vorher erwähnten Formel ergibt sich unter Berücksichtigung der umgestellten Anlagen in Gewerbebetrieben und Industrieunternehmen eine gesamte Umstelleistung von 47.736 Anlagen.

Die Umtauschaktion wurde fortgesetzt, wobei sich besonders ein Trend zum freiwilligen Tausch des Warmwasserbereiters zeigte. Im Rahmen der Gasgeräteumtauschaktion „Erdgas für Wien“ wurden bis 31. Dezember insgesamt 26.388 Geräte verkauft und angeschlossen. Bei Gasherden und Heizgeräten war, soweit dies die Umtauschaktion betraf, ein Rückgang zu beobachten. Da gleichzeitig beobachtet wurde, daß sich die Installateure in verstärktem Ausmaß in das Neugerätegeschäft einschalten, wird angenommen, daß dadurch die fehlende Stückzahl weitgehend kompensiert wird.

Im einzelnen wurden an Stelle von 16.368 nicht umbauwürdigen Gasherden 16.011 Neugeräte durch die Umtauschaktion verkauft; auf die sich ergebende Differenz von minus 357 Gasherden bezieht sich die vorher gegebene vermutungsweise Erklärung. Der überwiegende Teil (58 Prozent) der in der Aktion verkauften Gasherde waren Aktionsherde. Bei den insgesamt verkauften neuen Geräten handelte es sich um 5.950 Gasherde, 9.284 Aktionsherde und 777 Gaskocher. An Warmwasserapparaten wurden insgesamt 8.639 Stück verkauft. Davon entfielen 2.352 Stück auf Kleinwasserheizer und 6.287 Stück auf Großwasserheizer. Außer den 1.953 nicht umbauwürdigen Kleinwasserheizern wurden somit 399 derartige Geräte (ca. 17 Prozent) freiwillig umgetauscht. Bei den 6.287 Großwasserheizern erfolgte der Umtausch nur bei 4.086 Stück wegen mangelnder Umbauwürdigkeit; die freiwillige Umtauschrate lag damit bei ca. 35 Prozent. Kunden, die nach Ablauf der 6-Wochen-Frist noch Bestellungen zu den günstigen Preisen der Umtauschaktion unter allen möglichen Vorwänden zu tätigen versuchten, stellten eine zusätzliche Belastung dar. Daraufhin wurde das diesbezügliche Programm der elektronischen Datenverarbeitung abgeändert und die Erdgasinformation neu aufgelegt. Die Kunden werden in dieser Information aufmerksam gemacht, daß in einer Woche die Frist der Umtauschaktion abläuft.

Für die 49 Rayons, die im Jahre 1971 bearbeitet wurden, wurde die Umstellung der Gewerbe- und Industriebetriebe gemeinsam mit der Umstellfirma vorbereitet und die Umstellung selbst geleitet und überprüft. Im Gegensatz zum Haushalt können durch die Vielzahl und Kompliziertheit der gewerblichen und industriellen Gasfeuerstätten die organisatorischen Vorarbeiten nicht mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitungsanlage abgewickelt werden. Dadurch verursacht die Umstellung eines Gewerbegerätes einen ungleich größeren Arbeitsaufwand als die eines Haushaltgerätes. Die Kostenbeteiligung der Gaswerke erfordert, daß für die Feststellung der Höhe des Kostenzuschusses die Geräte genau kollaudiert werden. Um spätere Schadenersatzforderungen der Betriebe auszuschließen, ist eine Wirkungsgradüberprüfung der größeren Anlagen und eine generelle Leistungsfeststellung notwendig. Im Laufe des Jahres wurden 1.689 Anlagen, davon 22 Großbetriebe, mit insgesamt 6.820 Gasgeräten und -feuerstätten umgestellt. Der Norden Wiens, der zuerst umgestellt wurde, ist besonders stark industrialisiert. Damit ergab sich, daß unter anderem der größte Stadtgasabnehmer — die Firma *Waagner-Biro* in Stadlau mit mehr als 500 Geräten — umgestellt wurde. An weiteren großen Anlagen waren neben den großen Maschinenfabriken und Fabrikanlagen der Elektroindustrie die Ausbesserungswerkstätten der Österreichischen Bundesbahnen, das Heeresspital Wien und das Krematorium des Zentralfriedhofes Stammersdorf auf Erdgasverwendung umzustellen.

Von den vielen, zum Ausbau und zur Erhaltung der Betriebsanlagen notwendigen Arbeiten können hier nur die wichtigsten angeführt werden. Im Werk Simmering wurde bei den Wasserdampf-Spaltanlagen eine Einrichtung zur Rauchgasbeimengung errichtet und in Betrieb genommen sowie ein Zündgebläse aufgestellt. Im Reglerhaus konnte die Montage eines Niederdruck-Gasgebläses abgeschlossen und ein Schieberantrieb für die elektrische Fernsteuerung montiert werden. Bei der Errichtung einer Erdgas-Druckregelstation waren Erdgasleitungen zu verlegen, und von der für die Erdgasumstellung notwendigen Erdgasregelstation konnte die erste Ausbaustufe fertiggestellt werden. Im Kesselbau wurde ein Kohlensäureabscheider mit den entsprechenden Mengen- und CO₂-Meßgeräten in der Kesselspeisewasser-Aufbereitung sowie eine Pumpe zur Förderung von Speisewasser vom Kesselhaus zur Wasserdampf-Spaltanlage 5 (CCR) montiert. Der Nutzwasser-Schachtbrunnen wurde fertiggestellt, und die dazugehörenden Nutzwasserleitungen wurden verlegt. Der Bau der Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungstechnik ist abgeschlossen. Schließlich wurde noch an dem Projekt einer Erdgas-Hochdruckrohrleitung von Auersthal nach Simmering gearbeitet.

Für das Werk Leopoldau wurde eine Kesselspeisewasserpumpe für die Wasserdampf-Spaltanlage CCR II angeschafft, und auch Gasmangelsicherungen wurden bei den Dampfkesseln 1 und 3 montiert. Ferner wurde eine Warmwasserleitung für die Beheizung der Erdgasregelstation verlegt und die erste Ausbaustufe einer Erdgas-Druckregel- und Meßstation fertiggestellt. Auch eine Wasserdampf-Spaltanlage CCR III/5 + 6 mit einer CO-Konvertierung, einem Benzinpumpenhaus und einer Erdgas-Druck-Reduzierstation konnte nach Fertigmontage in Betrieb genommen werden. Desgleichen erfolgten die abschließenden Montagearbeiten und die Inbetriebnahme eines Gasfördergebläses mit Dampftribunenantrieb mit einer Leistung von 65.000 m³/h im Gasmesserhaus. Es wurde auch eine Erdgashochdruckleitung von Seyring zum Gaswerk Leopoldau verlegt.

Im Hauptrohrnetz wurden für Stadtgas im Jahre 1971 insgesamt 12.223 m neue Rohrleitungen verlegt, davon waren 1.029 m Hochdruckleitungen und 11.194 m Niederdruckleitungen. Größere Neurohrverlegungen wurden im 10. Wiener Gemeindebezirk, in der Siedlung bei der Sibeliussasse, im 11. Bezirk, in der Thürendlhof- und in der Mühlängersiedlung, im 14. Bezirk, in der Siedlung am Wolfersberg und Bierhäuselberg, im 21. Bezirk, in der Großfeldsiedlung, und im 22. Bezirk,

in der Wohnbauanlage an der Ziegelhofstraße und im Bezirkszentrum Kagran, durchgeführt. Zu den von der Stadtverwaltung bereitgestellten Industrieansiedlungsgebieten, 14, Auhof, 21, Scheydgasse, 22, Trabrennvereinsgründe, und 23, Zetschegasse, wurden von den Gaswerken Mitteldruck- und Niederdruckrohrleitungen verlegt, um die in diesen Gebieten anzusiedelnden Industrien mit Gas versorgen zu können.

In den Randgemeinden von Wien und in den von den Wiener Stadtwerken — Gaswerke versorgten Gemeinden Niederösterreichs wurde das Rohrnetz weiter ausgebaut. Größere Neurohrlegungen in Niederösterreich wurden in der zu Vösendorf gehörenden Siedlung Wiener Gasse, in Klosterneuburg, in der Siedlung Doppeln, und in Breitenfurt, in der Siedlung Habitat, vorgenommen.

Aus Versorgungs- und Sicherheitsgründen wurden im Jahre 1971 insgesamt 48.791 m Rohrleitungen ausgewechselt, davon waren 4.911 m Hochdruck- und 43.880 m Niederdruckleitungen. Ferner wurden 1.180 m Hochdruck- und 2.216 m Niederdruckleitungen außer Betrieb genommen. Von Stadtgas auf Erdgas wurden im Laufe dieses Jahres 60.978 m Hochdruck- und 274.977 m Niederdruckrohrstränge umgeschaltet.

Die Gesamtlänge des Stadtgasrohrnetzes betrug am Ende des Jahres 2.289.752 m, von denen 238.715 m auf das Mittel- und Hochdruckrohrnetz sowie 2.051.037 m auf das Niederdruckrohrnetz entfielen.

Der Rauminhalt des gesamten Stadtgasrohrnetzes betrug zum gleichen Zeitpunkt 135.253 m³, und zwar 42.463 m³ beim Mittel- und Hochdruckrohrnetz und 92.790 m³ beim Niederdruckrohrnetz.

Für den Erdgastransport wurden im Jahre 1971 insgesamt 13.225 m neue Rohrleitungen verlegt, davon 10.937 m Mittel- und Hochdruckleitungen sowie 2.288 m Niederdruckleitungen. Auch in diesem Versorgungsnetz wurden im Laufe des Jahres aus Versorgungs- und Sicherheitsgründen 1.859 m Erdgas-Niederdruckleitungen ausgewechselt.

60.978 m Hochdruckleitungen und 274.977 m Niederdruckleitungen wurden anlässlich der Umstellung von Stadtgas auf Erdgas umgeschaltet. Die Gesamtlänge des Erdgasrohrnetzes betrug zu Jahresende 474.029 m, davon entfielen 136.030 m auf das Mittel- und Hochdruckrohrnetz und 337.999 m auf das Niederdruckrohrnetz.

Der Rauminhalt des gesamten Erdgasrohrnetzes betrug Ende des Jahres 21.448 m³, von denen 10.942 m³ auf das Mittel- und Hochdruckrohrnetz und 10.506 m³ auf das Niederdruckrohrnetz entfielen.

Die Bauaufsicht kontrollierte im Jahre 1971 insgesamt 22.239 fremde Aufgrabungen, bei denen 3.195 Stellen am Hauptrohrnetz und 5.898 Gaszuleitungen freigelegt wurden.

Ferner wurden am Stadtgasrohrnetz insgesamt 1.622 Gebrechen, davon am Hauptrohrnetz 1.194, an unbenützten Kandelabern 3 und an privaten Zuleitungen 425, festgestellt. Beim Hauptrohrnetz handelte es sich in 102 Fällen um Rohrbrüche, in 14 Fällen um Schäden an Absperrorganen, in 683 Fällen um undichte Muffen und in 395 Fällen um sonstige Rohrnetzschäden. An den privaten Zuleitungen wurden 2 Rohrbrüche, 5 Schäden an Absperrorganen, 7 undichte Muffen und 411 sonstige Zuleitungsschäden erhoben.

Ende des Jahres 1971 standen insgesamt 174 Druckregleranlagen in Betrieb. Von diesen waren 128 Gebietsregleranlagen, nämlich 97 Stadtgas- und 30 Erdgasregleranlagen und 1 Gebietstrennregler, sowie 46 Firmenregleranlagen, von denen 25 den Stadtgas- und 21 den Erdgasbezug regelten.

An den Behältern und Gasförderanlagen Baumgarten, Brigittenau und Wienerberg wurden laufend zahlreiche Erhaltungs-, Überholungs- und Ausbauarbeiten vorgenommen.

Ferner wurden im Jahre 1971 insgesamt 1.013 Zuleitungen neu hergestellt und 1.233 Zuleitungen instandgesetzt. Vom Gashauptrohr wurden 831 Zuleitungen abgetrennt. Anlässlich der Herstellung von Straßendecken wurden 326 Untersuchungen von Zuleitungen ausgeführt. Am Ende des Jahres standen 92.623 Zuleitungen in Benützung.

Im Jahre 1971 waren insgesamt 783.346 Gaszähler aufgestellt. Die Zahl der Stadtgaszähler hat sich im Jahre 1971 infolge von nur 8.126 Neuaufstellungen bei 7.619 Wegnahmen und 42.741 Abgängen durch die Erdgasumstellung um 42.234 verringert. In 23.981 Fällen wurden größere und in 266 Fällen kleinere Zähler aufgestellt. 16.766 Zähler wurden ausgetauscht. Die Zahl der Erdgaszähler nahm in demselben Zeitraum infolge von 1.924 Neuaufstellungen bei nur 273 Wegnahmen und 42.741 Zugängen durch Erdgasumstellung um 44.392 zu. In Waschküchen, Gemeinschaftsbädern und Heizungsanlagen waren 5.833 Münzgaszähler und 240 Hochleistungszähler in Benützung. Von den insgesamt benützten 783.346 Zählern waren 27.099 für Etagen- und Zentralheizungsanlagen aufgestellt. 740.105 Stadtgas- und Erdgaszähler waren Wohnungszähler.

In den eigenen Gaszähler-Werkstätten wurden 48.905 Gaszähler untersucht; davon mußten wegen innerer Fehler oder gewaltsamer Beschädigung 1.907 durch eine Generalreparatur und

779 durch eine Teilreparatur instandgesetzt werden. 3.350 Zähler wurden mit dem Kubiziergerät vorgeprüft und amtlich geeicht, an weiteren 9.087 Gaszählern wurden kleine Reparaturen durchgeführt.

Bei Gaszähler-Erzeugungsfirmlen wurden auf Kosten der Gaswerke 222 Zähler repariert; 1.778 Zähler mußten kostenfrei instandgesetzt werden, weil die Garantiefrißt der Firmlen noch nicht abgelaufen war.

An 29.893 Leitungsanlagen wurde die vorgeschriebene Dichtheitsprüfung durchgeführt, wobei sich in 859 Fällen Beanstandungen ergaben.

Von den Hausdienstmonteuren wurden 68.896 Gasgeräte auf ihren Gebrauchszustand untersucht. Von diesen Geräten wurden 19.219 instandgesetzt, 1.265 Geräte wurden bis zur Behebung ihrer Mängel durch einen Installateur von der Benützung ausgeschlossen, 616 Geräte wurden aus Sicherheitsgründen endgültig gesperrt.

Am Ende des Jahres 1971 verwendeten 12.827 gewerbliche Betriebe und 6.393 Industriebetriebe Gas (Stadtgas und Erdgas). Die Gasgeräte und Feuerstätten von 33.130 Anlagen wurden überprüft und nach Möglichkeit instandgesetzt. Wo größere Arbeiten zur Behebung von Mängeln erforderlich waren, wurden die Inhaber aufgefordert, die Instandsetzung durch Fachfirmlen durchführen zu lassen. Danach wurden die Geräte neuerlich überprüft.

Im Jahre 1971 wurden 19.225 Anträge auf Anschluß eines Heizgasgerätes erledigt; 19.136 Anträge mit einer Nennbelastung von 310.489 Mcal/h konnten genehmigt und 89 Anträge mit einer Nennbelastung von 3.471 Mcal/h mußten abgelehnt werden. In der überwiegenden Zahl der Fälle wurden Gasheizkessel (8.185) als Beheizungsmöglichkeit gewünscht; es folgten in der Häufigkeit Außenwandheizöfen (7.762), Strahler (4.798), Speicheröfen (1.516) und Radiatoren (718).

Es langten auch 113.777 Störungsmeldungen ein, von denen sich 25.371 als echte Störungen oder Gebrechen herausstellten. In 7.996 Fällen konnten Zuleitungsreinigungen mit CO₂ und dem Vakuumgerät Abhilfe schaffen. Die Zahl der Ein- und Abschaltungen, der Anlagenuntersuchungen sowie der routinemäßigen Überprüfungen belief sich auf 80.410.

Dem Sicherheitsdienst wurden insgesamt 107 Gas- und Abgasvergiftungen gemeldet, bei denen 112 Personen verunglückten. 31 Vergiftungen hatten tödlichen Ausgang. Von diesen wurden 16 als Selbstmorde und Morde, 5 als Unfälle durch ausströmendes Gas und 4 als Abgasvergiftungen aufgeklärt; in 6 Fällen war die Unfallursache nicht zu bestimmen. In den Fällen, in denen durch die Vergiftung nur eine Erkrankung eintrat, waren 50 Mord- und Selbstmordversuche sowie 19mal ausströmendes Gas und 10mal Abgase das auslösende Moment; hier konnte in nur 2 Fällen die Vergiftungsursache nicht geklärt werden.

Dem Werbe- und Beratungsdienst standen im Jahre 1971 die Schauräume der Beratungsstelle Mariahilf zur Verfügung, die von 39.456 Personen besucht wurden. Auch der Ausstellungsstand bei der Frühjahr- und Herbstmesse fand überaus reges Interesse. Überdies war im Österreichischen Bauzentrum eine Ausstellungsboje ganzjährig in Betrieb. Als Werbemittel wurden 720 Kochbücher sowie 15.200 Broschüren aller Art unentgeltlich abgegeben. Auf zirka 300 Plakatflächen (Litraßsäulen sowie Stadt- und Schnellbahn-Bahnsteigen) warben 2 Erdgasplakate unter dem Motto „Mit Erdgas heizen, heißt sich auf den Winter freuen“, und in 1.148 Wagen der Stadt- und Straßenbahnen wurde das Erdgasplakat „Ein Allgasherd ist Goldes wert“ gezeigt. In verschiedenen Zeitschriften, Büchern und Broschüren wurden Werbetexte eingeschaltet. Am Tag der offenen Tür, also am 2. Oktober 1971, wurden von den Wiener Stadtwerken im Erdgas-Informationsautobus 4.800 Stück Informationsmaterial verteilt.

In den Monaten Jänner bis März 1971 wurden im Fernsehen 20 Werbespots unter dem Motto „Der moderne Allgasherd“ in schwarzweiß gebracht, in 9 Sendungen war auch dieses Gerät selbst zu sehen. Neuaufgaben an Werbemitteln wurden von der Festschrift „Neue Versuchsanstalt der Wiener Stadtwerke — Gaswerke“, von dem Schulmerkbüchlein „Die große Welt der kleinen Flammen“, von einer Informationsschrift „Informationen der Gaswerke“ sowie von der Broschüre „6 Tips für den modernen Haushalt“ herausgebracht. Ferner warben Stundenpläne mit dem Aufdruck „Erdgas — modern wie wir“ und Papierservietten mit der Beschriftung „Gut — besser — am besten Erdgas“ für diesen Brennstoff. Vormerkkalender mit Beilage, „Erdgas“-Schummelwürfel, die Schallplatte „Party bei Chris“ und Erdgas-Zünder sollten die Bevölkerung mit der Umstellung auf Erdgas vertraut machen.

Außerdem entsendeten die Wiener Stadtwerke — Gaswerke zu den Sitzungen der Gemeinschaftswerbung der österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach sowie zu den Pressesitzungen der Landesinnung Wien der Installateure informierte Vertreter.

Die Gasgemeinschaft Wien finanzierte im Jahre 1971 den Ankauf von 3.898 Gasgeräten und 1.018 Installationen mit einem Betrag von 26,735.337 S. Für die Badezimmeraktion stellte sie zur Einrichtung von 1.679 Badezimmern 29,664.348 S zur Verfügung.

In der neuerrichteten „Behördlich autorisierten Versuchsanstalt für Gas-

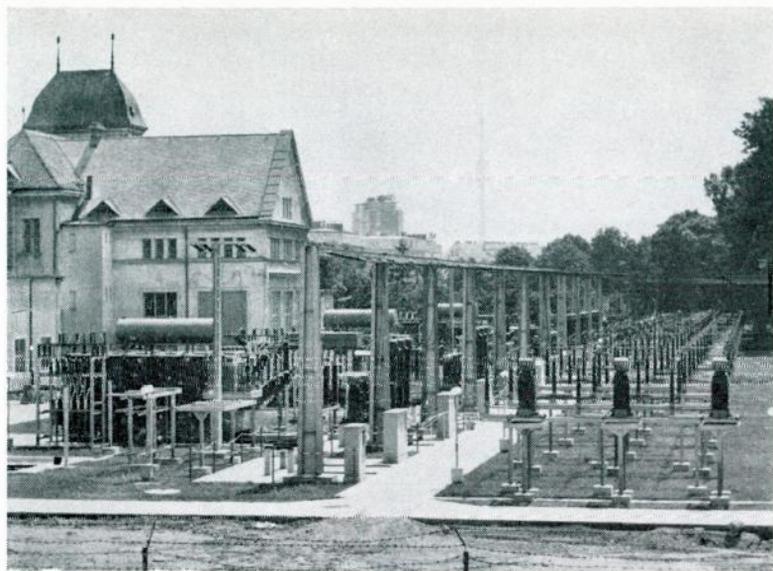


Stadtrat Franz Nekula (Städtische Unternehmungen) begrüßt den 100.000. Besucher im Kontaktzentrum der Wiener Verkehrsbetriebe in der Mariahilfer Passage

Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe

Die Werkstätte für Kraftfahrzeuge konnte, in der noch im Bau befindlichen Zentralwerkstätte Simmering der Wiener Verkehrsbetriebe, in Betrieb genommen werden





Im Umspannwerk Nord wurde eine neue 110 kV-Freiluftschaltanlage errichtet
Wiener Stadtwerke — E-Werke

Das neue 110/10 kV-Umspannwerk Zedlitzhalle im 1. Wiener Gemeindebezirk

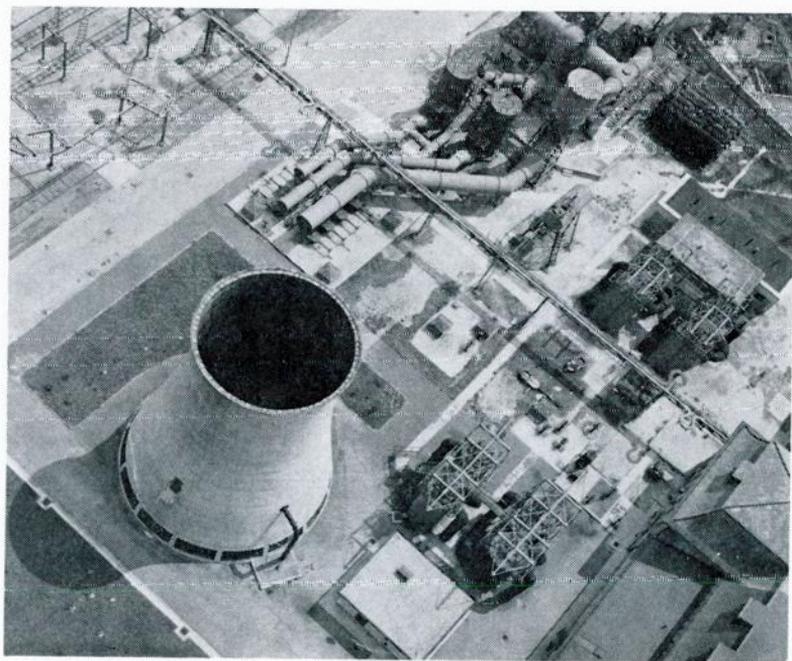




Das Labor der neuen Prüf- und Versuchsanstalt im Gaswerk Simmering

Wiener Stadtwerke — Gaswerke

Der Kühlturm beim Gasbehälter im Gaswerk Leopoldau





Die neue Halle für Kremationsfeiern auf dem Ottakringer Friedhof

Wiener Stadtwerke — Städtische Bestattung

Glaswagen für Trauerfeiern besonderer Art



und Feuerungstechnik der Wiener Stadtwerke — Gaswerke“, im Bereich des Werkes Simmering, wurde zur Fertigstellung der neuen Anstalt die Installation der meßtechnischen Ausrüstung der beiden Prüfhallen vorgenommen; außerdem wurden Lagerräume für Prüfgeräte errichtet, die Laboratorien eingerichtet sowie die Gas-, Wasser- und Elektroinstallationsarbeiten überwacht. An der Funktionskontrolle der automatischen Gas-Mischanlage (Combusta) wurde anlässlich der Inbetriebnahme mitgewirkt. Sodann konnte die Übersiedlung aus der provisorischen Prüfhalle in die neue Anstalt erfolgen. Ständige Mitarbeit und Information sowie Beratung und Überwachung aller Arbeiten ließen hier einen mit den modernsten Maschinen und Einrichtungen ausgestatteten Prüfbetrieb entstehen.

Im Jahre 1971 wurden an den verschiedensten Gasgeräten 58 Haupt-(Önorm-), 15 Nach-, 6 Ergänzungs-, 2 Entwicklungs- und 9 Funktionsprüfungen an Umbausätzen durchgeführt. Weiters wurden 37 Brat-, Back- und Grillversuche praktiziert. Es wurden aber auch an 35 Gasheizanlagen Untersuchungen vorgenommen. Eine nicht endende Tätigkeit ist es, den Reklamationen nach der Erdgasumstellung nachzugehen. Die Versuchsanstalt entwickelt und prüft nicht nur für die Wiener Stadtwerke — Gaswerke die Gasverbrauchsgeräte, Regel- und Sicherheitseinrichtungen, Armaturen und Dichtungsmittel für Stadtgas, Erdgas, Flüssiggas sowie Mischgas aus Erdgas und Luft und Mischgas aus Propan und Luft, sie arbeitet auch an der Redaktion der Technischen Vorschriften und Richtlinien für die Einrichtung, den Betrieb und die Instandhaltung von Niederdruckgasanlagen, ferner an Entwürfen von Prüfnormen (Önormen) für Haushaltsgeräte und -feuerstätten, Sicherheitseinrichtungen und Installationen im Österreichischen Normungsinstitut mit und fungiert als Gutachter für Ämter und Behörden.

Die Gasgeräteindustrie bedient sich der Versuchsanstalt überdies bei Prototypen neuer Geräte für die Entwicklungsprüfung und läßt sich bei festgestellten Mängeln mit Verbesserungsvorschlägen beraten.

Verkehrsbetriebe

Die Fahrgastfrequenz von Straßenbahn und Stadtbahn ging im Jahre 1971 neuerlich um 1,4 Prozent auf 357,327.100 Beförderungsfälle zurück. Die Wagennutzkilometerleistung sank um 3,7 Prozent auf 76,781.472 Wagen-Nutzkilometer.

Als wirksame Maßnahme gegen den Personalmangel wurde auf Grund der bisherigen guten Erfahrungen der Betrieb mit schaffnerlosen Beiwagen mit Fahrscheinrentwertern weiter ausgebaut. So kamen zu den bereits mit schaffnerlosen Wagen geführten Linien E2, G2, H2, O, 6, 8, 25, 26, 36, 38, 43, 49, 60, 62, 65, 66, 67, 132, 167, 231 und 331 die Linien D, 10 und 18 hinzu.

Die Straßenbahnlinie 16 wurde am 4. September in Linie 26 umbenannt und mit der Eröffnung des Verkehrsbauwerkes Stadlau — Ostbahnunterführung bis zur Zschokkegasse verlängert.

Reduzierungen im Wageneinsatz, die dem Frequenzrückgang entsprachen, und eine noch rigorosere Anpassung an die Frequenz, weiterer Einsatz schaffnerloser Beiwagen sowie die Umstellung von zwei Straßenbahnlinien (17 und 106) auf Autobusbetrieb ermöglichten Personaleinsparungen beim Straßenbahnbetrieb. Eine Personalverringerung um 5,7 Prozent konnte durch die vorangeführten Rationalisierungsmaßnahmen ausgeglichen werden.

Ein vermehrter Wageneinsatz war anlässlich der Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse, der Wiener Festwochen, des Muttertages, des Oster- und Pfingstfestes sowie der Totenfeiertage, aber auch in den Vorweihnachtstagen und in der Silvesternacht notwendig. Veranstaltungen im Stadion, auf den übrigen Sportplätzen, in der Stadthalle sowie auf dem Renn- und Trabrennplatz, die Traktorendemonstration des Bauernbundes am 19. März, das Publikumsfahren auf der Linie 11 am 20., 21., 27. und 28. März, das Sportfest der Hortkinder der Gemeinde Wien am 2. Juni, das Volksstimme-Fest am 26. Juni im Prater, das Sängerbundfest vom 1. bis zum 4. Juli sowie der Bade- und Ausflugsverkehr wirkten sich gleichfalls im Bedarf an Wagen aus. Wegen des Schülerverkehrs wurden auf den Straßenbahnlinien J, 11, 38, 41, 49, 60, 167 und auf der Stadtbahnlinie DG/GD mehr Züge und auf den Autobuslinien 12, 15, 25, 25A, 26A, 27A, 28A, 39A, 40, 60A, 64, 64A, 66A, und 67 mehr Autobusse geführt.

Die größte Fahrleistung auf der Straßenbahn, ausgenommen die am 1. November, wurde am Dienstag, dem 2. November, mit 191.367,1 Wagen-Nutzkilometern und auf der Stadtbahn am Dienstag, dem 23. November, mit 67.955,7 Wagen-Nutzkilometern erzielt.

Die saisonbedingten periodischen Frequenzzählungen (Schaffnerzählungen) wurden auch im Jahre 1971 fortgeführt, außerdem erfolgte eine Zählung des Silvesternachtverkehrs. Weiters wurden im März, Juli und Oktober Fahrgastzählungen auf der Schnellbahn zu Verrechnungszwecken vorgenommen.

Es war auch eine Reihe von wichtigen Betriebsmaßnahmen zu treffen. So wird seit 17. Jänner 1971 die Linie 18 auch an Sonn- und Feiertagen nur bis Märzstraße (Kandl-Schleife) geführt. Seit 29. März verkehren alle Züge der Linie 49 ganztägig bis zur Endstelle Hütteldorf; früher hatten sie teilweise in

Baumgarten ihre Endstelle. Ab 1. April wurden die Strecken der Straßenbahnlinien 66 und 167 wegen der U-Bahn-Bauarbeiten in der inneren Favoritenstraße abgeändert; die Züge dieser Linien fahren nun über die Wiedner Hauptstraße — Graf Starhemberg-Gasse zum Südtiroler Platz. Gleichfalls wegen des U-Bahn-Baues wurde ab 14. Mai die Straßenbahnlinie 167, um die äußere Favoritenstraße zwischen Columbusplatz und Reumannplatz für die Bauarbeiten frei zu machen, in die Laxenburger Straße — Schröttergasse — Antonsplatz — Inzersdorfer Straße verlegt, und erst ab dieser befahren ihre Züge wieder die Favoritenstraße. Am 23. Mai wurde die neue Schnellbahnstation Rennweg der Österreichischen Bundesbahnen eröffnet. Seit 12. Juni werden auf der Straßenbahnlinie 18 Garnituren mit schaffnerlosen Beiwagen eingesetzt. Eine große Erleichterung für die Fahrgäste, die dem 12. und 23. Bezirk zustreben oder aus diesen Bezirken kommend das Stadttinnere erreichen wollen, trat ein, als das Verkehrsbauwerk Lobkowitzbrücke mit der umgebauten Stadtbahnstation Meidlinger Hauptstraße und den neuen Straßenbahn- und Autobushaltestellen am 28. Juni in Betrieb genommen wurde; in dem Verkehrsbauwerk befindet sich auch ein Autobus-Expedient. Seit 3. Juli ist die Linie A/Ak mit modernen Wagengarnituren ausgestattet. Wegen der Sperrung des Gleisbogens vom Ring in die Bellariastraße müssen seit 2. August die ersten Frühfahrten der Linie 45 ab Schottenhof und der Linie 75 ab Weiskirchnerstraße ausfallen; dafür wird ein durchgehender Zug der Linie J geführt. Auf dieser Linie sind übrigens seit 7. August an Samstagen sowie an Sonn- und Feiertagen große Gelenktriebwagen eingesetzt. Um Personal zu sparen, fahren seit 8. August auf der Linie 10 an Sonn- und Feiertagen Züge mit schaffnerlosen Beiwagen.

Mit den verschiedenen Bauarbeiten hängt es zusammen, daß seit 21. August die Züge der Stadtbahn-rundlinien DG und GD an allen Tagen nur noch bis ca. 20 Uhr über den Verbindungsbogen zwischen den Stationen Friedensbrücke und Nußdorfer Straße fahren und nachher eine kombinierte Linie WD/G von Hütteldorf über Donaukanal — Heiligenstadt — Gürtel bis Meidlinger Hauptstraße und umgekehrt verkehrt. Weiters werden seit 27. September auf dem vom Bahnhof Gürtel aus betriebenen Teil der Linie 8 auch an Werktagen, ausgenommen an Samstagen, Triebwagen mit schaffnerlosen Beiwagen eingesetzt, und seit 4. Oktober ist die Linie 25 mit modernen Garnituren mit drei Wagen ausgestattet. Der Einsatz schaffnerloser Beiwagen wurde ab 27. November an Samstagen auf der Linie D eingeführt. Seit 29. November werden die Züge der Einlagelinie 67 in der Frühspitze als Linie 167 über Rothneusiedl statt über Lehmgasse geführt, um der steigenden Fahrgastfrequenz im Ast Rothneusiedl — Lehmgasse Rechnung zu tragen. Schließlich können seit 30. November die Straßenbahnlinie 36 und die Autobuslinie 40 über die neue Börseschleife geführt werden.

Infolge der zunehmenden Erschwernisse im Betriebsablauf, hervorgerufen durch den ansteigenden Individualverkehr, mußten zum Ausgleich der Störungen im November und Dezember verlängerte Stehzeiten sowie der Einsatz von Reservezügen und Reservepersonal auf den Straßenbahnlinien A/Ak, B/Bk, 13, 14, 25, 26, 49, 52, 58, 65 und 66 sowie im innerstädtischen Autobusverkehr vorgesehen werden. Am 24. und 31. Dezember wurden wegen geänderter Arbeitszeiten und teilweiser Betriebseinstellungen in der Industrie die Linien 36, 59 und 167 am Nachmittag sowie die Linie 231 überhaupt eingestellt und die Linien 9 und 25 sowie die Stadtbahnlinie G verkürzt geführt. Die im Jahre 1970 begonnene Überprüfung der Geschwindigkeitsbeschränkungen mit dem Ziele, diese dort, wo moderne Wagen eingesetzt sind, abzubauen oder wenigstens zu lockern, wurde fortgesetzt und im wesentlichen abgeschlossen. Dadurch konnte der Straßenbahnverkehr flüssiger gestaltet werden.

Die Betriebsüberwachung führte im Jahre 1971 mit 133 Revisoren 322.649 Wagenkontrollen durch, wobei 4.689.843 Fahrgäste überprüft und 25.478 meldepflichtige Vorgänge festgehalten wurden. Außerdem waren 48 Kontrolloren nur für die Fahrscheinüberprüfung in den schaffnerlosen Beiwagen und im gesamten Stadtbahnbereich eingesetzt. Diese Kontrolloren nahmen insgesamt 288.092 Wagenkontrollen vor und überprüften hierbei 4.940.894 Fahrgäste, wobei sich 27.110 meldepflichtige Anstände ergaben. Außer den ständigen Platzdienstleistungen im Früh- und Abendspitzenverkehr waren die Beamten der Betriebsüberwachung bei verschiedenen Sonderveranstaltungen, die in drei Fällen die Ablenkung des Ringstraßenverkehrs und einmal die Einstellung des innerstädtischen Autobusverkehrs erforderten, ferner anlässlich von kirchlichen und sonstigen Umzügen, aber auch während 20 Veranstaltungen im Stadion sowie anlässlich von 117 Veranstaltungen in der Wiener Stadthalle eingesetzt. Der Funkwagendienst der Betriebsüberwachung bewährte sich wieder im Einsatz bei Verkehrsunfällen und sonstigen Betriebsereignissen sowie bei der Behebung von Störungen.

Im Lastenverkehr wurden für die Straßenbahn, die Stadtbahn, das Kabelbüro und für private Firmen 5.390 Fahrten geleistet.

Im Jahre 1971 konnten insgesamt 262 Personen, darunter 19 Frauen, für den Fahrdienst aufgenommen werden. Im gleichen Zeitraum schieden 510 Bedienstete durch Kündigung, Pensionierung oder Tod aus dem Betriebsdienst aus. 325 Bedienstete wurden einer Grundausbildung unterzogen. Außerdem

wurden einschließlich der Wiederholungsschulungen 5.841 zusätzliche Schulungen für den Dienst auf Zügen mit schaffnerlosen Beiwagen sowie auf tiefgeführten Linien durchgeführt.

Ende des Jahres 1971 standen 42 Straßenbahn- und 4 Stadtbahnlinien in Betrieb.

Im **A u t o b u s b e t r i e b** stieg die Fahrgastfrequenz im Jahre 1971 um 10,2 Prozent auf 63,317.738 Beförderungsfälle, die Wagen-Nutzkilometerleistung um 8,2 Prozent auf 13,331.529 Wagen-Nutzkilometer an; in diesen Angaben sind die Leistungen der auf Autobusbetrieb umgestellten Straßenbahnlinien mitberücksichtigt.

Die Tarifgemeinschaft mit der Schnellbahn der Österreichischen Bundesbahnen, mit der Post auf einer Postautobuslinie und mit dem Kraftwagendienst der Österreichischen Bundesbahnen ebenfalls auf einer Linie sowie auf 16 im Wiener Gemeindegebiet von einem privaten Unternehmen betriebenen Autobuslinien hat sich weiter gut bewährt.

Infolge der Erweiterung des Einmannbetriebes, der Umstellung zweier Straßenbahnlinien auf Autobusbetrieb sowie durch einige Linienverlängerungen konnte die Verkehrserschließung des Stadtgebietes mittels Autobussen verbessert werden.

Hauptsächlich zur besseren Versorgung der Randgebiete der Stadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln wurden Veränderungen in der Linien- und Betriebsführung vorgenommen. So werden seit 4. Jänner auf den Autobuslinien 64 und 64A an Werktagen, außer an Samstagen, in den Früh- und Abendspitzenzeiten Autobusse mit dem Liniensignal 64 und 64A ab der Stadtbahnstation Meidlinger Hauptstraße auf Rundkursen mit jeweils entgegengesetzter Fahrtrichtung zur besseren Verkehrserschließung durch das Industriegebiet Liesing geführt. Der Personalersparnis dient ab 9. Jänner auf der Autobuslinie 57 der Einsatz von Autobussen mit automatischen Türen und Fahrscheinentwertern. Am 15. Mai wurde die Straßenbahnlinie 106, Simmeringer Hauptstraße — Simmeringer Lände, eingestellt und dafür eine Autobuslinie mit dem Liniensignal 6A zwischen Grillgasse und Simmeringer Lände eingerichtet; diese Linie wird an allen Tagen im Einmannbetrieb und mit Einheitstarif vom Verkehrsbetrieb *Dr. Richard* im Auftrage der Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe geführt. Ab 12. Juni wurde die Autobuslinie 60A zur Verkehrserschließung des dort neu entstandenen Wohngebietes von der bisherigen Endstelle Kaserngasse stadtauswärts bis zur neuen End- und Anfangstelle Rudolf Waisenhorn-Gasse und stadtwärts bis zum Maurer Hauptplatz verlängert. Am 28. Juni konnte, nach der Fertigstellung des Verkehrsbauwerkes Lobkowitzbrücke, das neu errichtete Exedit in Betrieb genommen werden. Auf der Lobkowitzbrücke haben seither die Autobuslinien 64 und 64A auch wieder ihre allerdings neu errichtete End- und Anfangstelle. Gleichzeitig wurde die provisorische Haltestelle Fabriksgasse, vor der Schönbrunner Straße, der Autobuslinie 63A aufgelassen und die Haltestelle Stadtbahnstation Meidlinger Hauptstraße in der Autobusfahrspur Linke Wienzeile errichtet. Auf der Linie 40 werden seit 31. Juli Autobusse mit automatischen Türen und Fahrscheinentwertern eingesetzt. Ab demselben Zeitpunkt wird auch die bis dahin mit Schaffnern besetzt gewesene Autobuslinie 61 einmännig betrieben und es werden Autobusse mit automatischen Türen und Fahrscheinentwertern eingesetzt. Seither verkehren ferner die Autobuslinien 30 und 30A gekoppelt mit dem Liniensignal 30A, an allen Tagen nur mit einem Fahrer besetzt, auf einer von der Schnellbahnstation Leopoldau ausgehenden Strecke bis zur Siemensstraße/Ruthnergasse, wobei sich auf der Rückfahrt von dieser Endstelle aus die Streckenführung nicht ganz mit der Anfahrstrecke deckt. Außerdem wurde durch eine Verlängerung der Autobuslinie 28 mit dem Liniensignal 28A von der bisherigen Endstelle Schnellbahnstation Leopoldau eine Verbindung zur Straßenbahnlinie 25, die in der Wagramer Straße ihre Endstelle hat, geschaffen. Weiters werden die Autobusse der Linie 18A, wegen der besseren Anschlußmöglichkeit an die in Tarifgemeinschaft geführten Autobuslinien 23 und 24 beim Kaisermühlendamm, ab der Praterbrücke/Abfahrt Kagran über die Auffahrt Kaisermühlenstraße Richtung Genochplatz und umgekehrt geführt, wobei auch die Haltestellen geändert wurden. Die bisher von den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetriebe geführte Autobuslinie 72 wurde ab 4. September mit unveränderter Linienführung vom Verkehrsbetrieb *Dr. Richard* übernommen, wobei auch die Tarifbestimmungen gleich geblieben sind. Ebenfalls am 4. September wurden die Straßenbahnlinien 17 (Kagran — Floridsdorf-Schnellbahnstation) und die Autobuslinie 317 (Groß-Enzersdorf — Kagraner Platz) eingestellt und gleichzeitig die Autobuslinien 26A (Stadlau — Groß-Enzersdorf) und 27A (Floridsdorf-Schnellbahn — Kagran — Aspern) in Betrieb genommen; die Wagen dieser Linien sind an allen Tagen nur mit dem Fahrer besetzt, dafür aber mit Fahrscheinentwertern ausgestattet und es gilt der Einheitstarif. Schließlich werden seit 4. Oktober auch auf den Autobuslinien 60A, 160A und 164 nur Autobusse mit automatischen Türen und Fahrscheinentwertern eingesetzt.

Insgesamt wurden im Jahre 1971 aus den verschiedensten Gründen 63 Haltestellen aufgelassen, 112 neu errichtet und 16 verlegt. Weiters wurde, ebenfalls aus verschiedenen Anlässen, ein Autobusersatzverkehr für die Straßenbahnlinien 11, 16, 25, 58, 62, 65, 66, 71, 167 und 331 geleistet, und auch zahlreiche Sonderfahrten wurden auf Bestellung durchgeführt.

Im Jahre 1971 wurden insgesamt 426 Bedienstete, davon 77 in einer Autobuslenker-Fahrschule, 22 als Lastwagenlenker und 20 als Verschublenker sowie 307 in Sonderschulen für den Funkwagen-, Weichenputzwagen- und Elektrokarrenbetrieb geschult. Außerdem wurde zur Förderung des Lenkernachwuchses in einer betriebseigenen Fahrschule die Ausbildung für den Erwerb des Führerscheines der Gruppe „C“ ermöglicht.

Zu Jahresende standen 41 Autobuslinien in Betrieb, von denen 31 Linien im Einheitstarif im Eigenbetrieb, 5 Linien im Einheitstarif im Auftragsverkehr und 5 Linien im Sondertarif im Eigenbetrieb geführt wurden. 33 Linien verkehrten an allen Tagen, 8 nur an Werktagen. An Sonn- und Feiertagen war zusätzlich eine Linie in Betrieb. 31 Linien wurden ständig und 2 Linien zu bestimmten Zeiten im Einmannbetrieb geführt.

Für den U-Bahn-Bau wurden Detailplanungen für die Probestrecke Friedensbrücke — Heiligenstadt, den Betriebsbahnhof Wasserleitungswiese und einige Baulose durchgeführt. Ferner wurde an den Projekten neuer U-Bahn-Linien, vor allem für die Verlängerung der Linie U 1 nach Kagran sowie für die Linien U 3, U 6 und die Stadionlinie, mitgearbeitet. Die Arbeiten am Funktions- und Organisationsplan der U-Bahn, zu dem die Betriebsvorschriften, die Aufstellungs- und Kuppelpläne sowie die Organisationsschemata zählen, aber auch die verkehrstechnischen Untersuchungen über die Dimensionierung von Verkehrsflächen und Betriebseinrichtungen, wie Stiegenanlagen, Bahnsteige, Sperren und Automaten, wurden unter Zuhilfenahme der Verkehrsbelastungsuntersuchungen von Prof. Engel weitergeführt.

Im Arbeitsausschuß „U-Bahn-Ausbau“ wurden grundlegende Vorarbeiten für den Stationsausbau und das Leitsystem geleistet. Ferner wurden in Zusammenarbeit mit anderen städtischen Dienststellen die Einreichprojekte für die maschinellen Stationseinrichtungen, wie Heizung, Lüftung und Fahrtreppen, ausgearbeitet und Fragen der U-Bahn-Sonderfahrzeuge sowie der vollautomatischen Wagenwaschanlage behandelt.

Für die Stromschienenanlage der Probestrecke wurde um die eisenbahnrechtliche Baugenehmigung angesucht. Die Stromschienen wurden gewalzt, und auch die provisorische Gleichrichteranlage Wasserleitungswiese konnte errichtet werden.

Die Netzmodelluntersuchungen der Brown Boveri-Werke AG Mannheim über Traktionsstromanlagen wurde für weitere Streckenabschnitte fortgeführt. Es wurde auch ein Erdungsgutachten der Technischen Hochschule Wien eingeholt und mit der Auswertung dieses Gutachtens sowie mit der Ausarbeitung eines Entwurfes von Vorschriften über Schutzmaßnahmen gegen Berührungsspannungen und Streustromkorrosion begonnen. Die diesbezüglich notwendigen Einzelmaßnahmen mußten bereits während der laufenden Arbeiten eingeleitet werden. Die Gleichrichterstationen für das Grundnetz und das erweiterte Grundnetz wurden in Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken — Elektrizitätswerken entwickelt, und auch die Elektrizitätswerkräume in den Stationen der Linie U 1 sowie die Übergabestellen für den Traktionsstrom wurden mit diesen gemeinsam festgelegt.

Nachdem auch die Schaltungen für die Licht- und Kraftstromversorgung für die gesamte Linie U 1 entwickelt waren, wurde die Projektierung der Elektroinstallation des Verkehrsbauwerkes Karlsplatz weitergeführt. Die Elektro-Installationsarbeiten in der Wartungshalle Heiligenstadt, in der Baukanzlei am Fischmarkt und im neuen Stellwerk Friedensbrücke konnten weitgehend abgeschlossen werden. Nach dem Anlaufen der Lieferungen für die Signal- und Sicherungseinrichtungen der Probestrecke begannen im November die Montagearbeiten an der Inneneinrichtung. Die Projektierung der Sicherungsanlagen für die nächsten Bauabschnitte des Grundnetzes wurde weitergeführt, unter anderem die Mitarbeit an der Ausgestaltung und Raumaufteilung des Leitstellengeschosses im Verkehrsbauwerk Karlsplatz, dem Bahnhof Wasserleitungswiese und dem Teilbetriebsabschnitt im Bereich der Probestrecke. Auch die Projektierung der fernmeldetechnischen Einrichtungen der U-Bahn (Funk, Fernsehen, Telefon), die eine optimale Betriebsführung ermöglichen werden, ging zügig voran.

Zu wichtigen Aufgaben im Jahre 1971 zählten die Bearbeitung von Ausschreibungsunterlagen, die Ansuchen und die eisenbahnrechtlichen Baugenehmigungen für verschiedene Bauabschnitte des Grundnetzes sowie die Überprüfung von Studien und Zivilingenieurplänen für die Streckenabschnitte des erweiterten Grundnetzes. Für den ersten Bauabschnitt, und zwar für den bautechnischen Ausbau des U-Bahn-Bauwerkes Karlsplatz, wurde am 15. November die eisenbahnrechtliche Genehmigung erteilt. Sodann wurde die Demontage der Stationsgebäude und die Abtragung des Stadtbahngewölbes zwischen der ehemaligen Station Karlsplatz und dem Verkehrsbüro veranlaßt; die Baustelle wurde den behördlichen Vorschriften entsprechend überwacht. Weiters wurden die Ansuchen um die eisenbahnrechtlichen Genehmigungen für alle drei Baulose des zweiten Bauabschnittes vorbereitet und eingereicht. Für das Baulos A (Paulanergasse — Theresianumgasse) wurde am 22. März und für das Baulos B (Theresianumgasse — Columbusplatz) am 20. Oktober die eisenbahnrechtliche Baugenehmigung erteilt; Bauarbeiten in den beiden Baulosen wurden am 29. April beziehungsweise am 8. November aufgenommen. Im fünf-

ten Bauabschnitt wurde das städtische Baukanzleigebäude errichtet, und Einbautenumlegungen wurden vorgenommen. Auch für diesen Bauabschnitt wurden im Auftrag der Wiener Verkehrsbetriebe die Ausschreibungsprojekte fertiggestellt. Für die Bauabschnitte 3, 4 und 6 sowie für die Endstelle Hütteldorf wurden die Ausschreibungsunterlagen bearbeitet. Ferner wurde für den Betriebsbahnhof Wasserleitungswiese um die eisenbahnrechtliche Baugenehmigung angesucht.

Im Bereich der Probestrecke Friedensbrücke — Heiligenstadt konnten die Streckengleise fertiggestellt werden, wobei auch ein Versuchsabschnitt für schotterlosen Oberbau eingebaut wurde. Die Einzäunungsarbeiten und die Abtragung des provisorischen Fußgängersteiges Rampengasse wurden gänzlich, die Hochbauarbeiten des Stellwerkes Friedensbrücke konnten weitgehend abgeschlossen werden. Weiters wurde die Vorbereitung des Ansuchens um die eisenbahnrechtliche Genehmigung zur Aufnahme des Rechtsbetriebes sowie für den Bau eines Anschlußgleises zu den Gleisanlagen der Österreichischen Bundesbahnen in Heiligenstadt nach Möglichkeit beschleunigt.

Für den Wagenpark der Straßenbahn und Stadtbahn wurden im Jahre 1971 insgesamt 47 Einmann-Gelenktriebwagen angekauft. Wegen Überalterung, Fahruntauglichkeit oder Übernahme in den Stand der Hilfsfahrzeuge wurden im Laufe des Jahres 71 Triebwagen und 59 Beiwagen ausgeschieden. Zu Jahresende standen 902 Straßenbahntriebwagen, darunter 273 sechsachsige Wagen, 878 Straßenbahnbeiwagen, 128 Stadtbahntriebwagen und 200 Stadtbahnbeiwagen zur Verfügung. Von den Straßenbahnfahrzeugen verfügten 1.337 über Stahlaufbauten. Der Umbau von Trieb- und Beiwagen für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb wurde fortgesetzt; es wurden 8 Trieb- und insgesamt 45 Beiwagen umgebaut. Insgesamt verfügten die Verkehrsbetriebe über 432 Trieb- und 358 Beiwagen zum schaffnerlosen Beiwagenbetrieb sowie über 47 Gelenkzüge für den Triebwagen-Einmannbetrieb. Mit einer fahrschalterunabhängigen Weichensteuerung waren 467 Triebwagen ausgerüstet. Im Rahmen des Erneuerungsprogramms wurden weitere 27 sechsachsige Gelenktriebwagen bestellt; sie werden für den Triebwagen-Einmannbetrieb ausgestattet werden.

Der Gesamtstand an Autobussen betrug zu Jahresende 387. Wegen Überalterung und Fahruntauglichkeit waren im Laufe des Jahres 25 Autobusse ausgeschieden worden. Neu angeschafft wurden 17 Autobusse. Die neuen Autobusse sind für den Einmannbetrieb eingerichtet und mit Türautomatik und Fahrscheinwertern ausgestattet. Sie sind komplett luftgefedert und bieten durch gute Fahreigenschaften größtmöglichen Komfort für den Fahrgast. Außerdem sind die Fahrzeuge mit einer geräuschlosen dritten Bremsenrichtung (Bremsverzögerer) ausgestattet. Es wird dadurch nicht nur eine Erhöhung der Lebensdauer der druckluftbetätigten mechanischen Bremse erreicht, sondern auch ein wesentlicher Beitrag zur Verminderung der Bremsgeräusche geleistet. Das Umbauprogramm auf Flüssiggas-Mischbetrieb wurde fortgesetzt, wobei im Laufe des Jahres 44 Autobusse umgestellt wurden. Da auch neue Fahrzeuge mit Flüssiggas-Mischbetrieb eingestellt wurden, waren zu Jahresende 236 Autobusse für den Flüssiggas-Mischbetrieb eingerichtet.

Für den U-Bahn-Betrieb wurde im Jahre 1971 mit dem Bau von 6 Prototyp-Doppeltriebwagen und verschiedenen Hilfsfahrzeugen begonnen.

Die Hauptwerkstätte durchliefen 2.195 Wagen und 509 Drehgestelle, an denen alle Arten von Arbeiten mit einer Gesamtzahl von rund 53.000 Einzelleistungen durchgeführt wurden. Ferner wurden in 12 Wagen Leuchtstoffröhren eingebaut; 36 Wagen wurden mit Max-Platten, 8 Triebwagen mit einer Ausrüstung für den schaffnerlosen Betrieb und einer Weichenstellinrichtung, 4 Beiwagen mit einer Ausrüstung für den schaffnerlosen Betrieb und 7 Hilfsfahrzeugtriebwagen mit Fahrerstandverbauungen ausgestattet.

Daneben nahmen Privatfirmen an 41 Beiwagen Umbauten für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb vor und rüsteten 58 Triebwagen mit einer neuen elektrischen Weichenstellinrichtung aus.

Die Bauarbeiten an der Zentralwerkstätte wurden fortgesetzt und dabei der Löschteich sowie der Innenausbau des Umkleidegebäudes fertiggestellt; mit dem Innenausbau des Arzt- und Sozialgebäudes wurde begonnen. Im Bahnhof Favoriten wurde mit der Erneuerung der Zentralheizungsanlage angefangen. Ferner wurden in der Autobusgarage Vorgarten Adaptierungsarbeiten für die Einstellung von mit Flüssiggas betriebenen Autobussen durchgeführt. Auch 7 Wartehallen wurden errichtet.

Gleisbauten waren vor allem im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau im Bereiche der Baustelle Karlsplatz für die Linien 62, 65, 66, 67, 167 und die Wiener Lokalbahn notwendig; auf dieser Baustelle mußten auch 2 Brücken mit einer Stützweite von je 30,5 m errichtet werden. Das Langzeitprovisorium für die Linien 66, 67 und 167 durch die Graf Starhemberg-Gasse, zwischen der Wiedner Hauptstraße und dem Südtiroler Platz, wurde am 31. März 1971 in Betrieb genommen. Das Verkehrsbauwerk Stadlau zur Unterführung der Ostbahn und die Verlängerung der Straßenbahnlinie 16 wurden mit der Verlegung der Gleise fertiggestellt. Wegen des U-Bahn-Baus und der geplanten Einrichtung der Ringstraße als Einbahn war es notwendig, die Gleisschleifen-

anlage der Linie 36 in der Börsegasse zu verlegen; die Doppelgleisstrasse wird nunmehr vom Schlickplatz über die Kolingasse — Peregrinergasse — Wipplingerstraße zum Schottenring geführt und schließt in der Schlickgasse an die frühere Gleisanlage an. Um die Verkehrsverhältnisse zu verbessern, wurde die Friedensbrücke verbreitert und die Doppelgleisstrasse auf die stromabwärts gelegene Brückenseite verlegt. Im Gelände der Zentralwerkstätte Simmering wurden die Gleisarbeiten fortgesetzt.

Im Jahre 1971 nahm die Zahl der Unfälle gegenüber dem Vorjahr ab. Im Straßenbahn- und Stadtbahnbetrieb ereigneten sich insgesamt 2.538 und im gesamten Kraftwagenbetrieb 1.161 Unfälle, von denen 1.011 Unfälle auf den Autobuslinienverkehr entfielen.

Auf Grund der Haftpflicht wurden an Entschädigungen und Renten für Körperverletzungen sowie Entschädigungen für Sachschäden Beträge von insgesamt 4,607.252 S bezahlt; für Schadenersatzansprüche wurden 3,764.636 S eingehoben.

Städtische Bestattung

Die Städtische Bestattung führte im Jahre 1971 insgesamt 25.402 Bestattungen durch; der Anteil der Kremationen an diesen betrug 16,1 Prozent (4.099 Fälle). Außerdem übernahm das Unternehmen Aufträge zur Durchführung von 1.699 Exhumierungen und Wiederbeerdigungen sowie von 1.004 Überführungen in das In- und Ausland, darunter in die Bundesrepublik Deutschland, nach Italien und Jugoslawien, in die Tschechoslowakei sowie nach Ungarn. Darüber hinaus wurden noch verschiedene andere Leistungen ausgeführt, so daß die Städtische Bestattung insgesamt 31.502 Aufträgen nachkam. 252 Aufträge führte das Unternehmen auf eigene Kosten durch, weil Hinterbliebene fehlten, die für die Kosten aufgekomen wären.

Der Anteil der Städtischen Bestattung am gesamten Bestattungsanfall in Wien lag bei 97 Prozent, die übrigen Bestattungen wurden von Pächtern in den an Wien angrenzenden Gemeinden oder von Erfüllungsgehilfen des Unternehmens vorgenommen. Die meisten Aufträge fielen im März mit 3.173 Fällen an, die geringste Auftragszahl ergab sich im September mit 2.359 Bestattungen.

Der Fuhrpark hatte eine Fahrleistung von rund 811.450 km zu verzeichnen, das sind um 24.510 km mehr als im Vorjahr. Auf den einzelnen Auftrag entfielen etwa 28 km. Das Unternehmen verfügte zu Ende des Jahres 1971 über 19 Kastenwagen (Fourgons), 15 Glas- und Blumenwagen sowie 15 sonstige Fahrzeuge für Wirtschaftsfahrten, Mannschaftstransporte und ähnliche Leistungen.

Im Sargerzeugungsbetrieb wurden 47.469 Särge hergestellt, das sind um 553 mehr als im Jahre 1970. Ein Teil der Produktion ist für den Verkauf in den Bundesländern bestimmt.

Das Unternehmen führte zu Jahresende 1971 rund 2.870 bei Lebzeiten erteilte Bestattungsaufträge in Evidenz.

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1971 traten sowohl das neue Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz als auch die neue Friedhofsordnung für die Bestattungsanlagen der Stadt Wien in Kraft. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen sind nunmehr Erd- und Feuerbestattungen gleichgestellt. Besonders hervorzuheben ist, daß die Beisetzung der Asche eines Verstorbenen mit oder ohne Behältnis erfolgen kann. Durch den Wegfall bestimmter Beerdigungsfristen und die Übernahme der Kosten für Sanitätstransporte (Leihargabholungen) durch die Stadt Wien ergeben sich für die Hinterbliebenen finanzielle Erleichterungen.

Die erste Bestattungsdurchführung, bei der die Asche ohne Behältnis in einer Grabstelle beigesetzt wurde, erfolgte am 2. Februar 1971 auf dem Friedhof Inzersdorf. Im Jahre 1971 wurden fünf Bestattungen durchgeführt, bei denen die Asche entweder auf der Grabstelle verstreut oder ohne Behältnis in einer Grabstelle beigesetzt wurde.

Auf dem Friedhof Ottakring wurde am 18. Jänner 1971 die umgebaute Aufbahrungshalle II der Benützung übergeben. Der nach neuzeitlichen Gesichtspunkten ausgestattete Aufbahrungsraum, dessen maximales Fassungsvermögen 400 Personen beträgt, bietet die Möglichkeit, sowohl Trauerfeiern bei Erdbestattungen als auch Kremationsfeiern abzuhalten. Die Möglichkeit zur Abhaltung von Kremationsfeiern wurde durch den Einbau einer Versenkungsanlage geschaffen. Dadurch soll den Bewohnern der Bezirke 14, 15, 16 und 17 der Weg in die von dort verkehrsmäßig schwerer zu erreichende Feuerhalle Wien-Simmering abgenommen werden. Außerdem soll erreicht werden, daß die Bestattung der Urne nicht mehr als zweite Trauerfeier abgehalten wird, sondern nur im engsten Familienkreis oder im Beisein einer Vertrauensperson der Hinterbliebenen erfolgt.

Auf dem Friedhof Hietzing wurde am 5. April 1971 der umgebaute Aufbahrungsraum 1 und am 13. September nach Abschluß aller Bauarbeiten die ehemalige Kapelle als Aufbahrungsraum 2 der Benützung übergeben. Während der Raum 1 in jener neuzeitlichen Form, die bereits auf mehreren Friedhöfen besteht, ausgestaltet wurde, erfolgte die Umgestaltung des Aufbahrungsraumes 2 unter Beibehaltung des nachempfundenen Rokokostiles der ehemaligen Kapelle. Das maximale Fassungsver-

vermögen des Aufbahrungsraumes 1 beträgt 250 Personen, das des Raumes 2 ist mit 400 Personen bemessen.

Um einem oft geäußerten Verlangen der Hinterbliebenen zu entsprechen, wurden die Aufbahrungen in den neuzeitlich gestalteten Aufbahrungshallen in Wien mit einer Tumba ausgestattet. Der Sarg, der während der Trauerfeier in der Aufbahrungshalle ohne Bahrtuch auf der Tumba steht, wird nach Beendigung der Zeremonie von den Trägern zu dem vor der Halle abgestellten Bahrwagen beziehungsweise der Tragbahre gebracht und mit dem Bahrtuch bedeckt.

Auf dem Wiener Zentralfriedhof stehen seit dem 20. September 1971, nach Abschluß des ersten Bauabschnittes des Umbaus der Aufbahrungshalle III, vier neuzeitlich gestaltete Zeremonienräume zur Verfügung. Jeder der Zeremonienräume hat eine Vorhalle, einen Warteraum für die Hinterbliebenen sowie einen eigenen Chorraum. An der Innenausgestaltung der Räume waren unter der Leitung von Prof. Dipl.-Ing. *Boltenstern* namhafte Künstler tätig. Das maximale Fassungsvermögen beträgt je Zeremonienraum 300 Personen.

Auf dem Friedhof Liesing besteht seit 2. November die Möglichkeit, Krematoriumsfeiern abzuhalten. Den Trauergästen wird das Ende der Trauerfeier sowohl durch das Schließen eines Vorhanges als auch durch das gleichzeitige langsame Verlöschen der Beleuchtung im Aufbahrungsraum angezeigt.

Im Zeremonienraum 2 der Feuerhalle Wien-Simmering wurde durch die Installation einer zusätzlichen Bedienungseinrichtung für die Lautsprecheranlage die Möglichkeit geschaffen, daß der Arrangeur, ohne seinen Platz zu verlassen, die Lautstärke einer Nachrufrede den jeweiligen Gegebenheiten anpassen kann.

Auf dem Friedhof Sievering steht seit dem 9. Dezember 1971 ein Urnenschrein zur Verfügung. Durch das Schließen eines Vorhanges ist es möglich, einen eigenen Aufbahrungsraum für Trauerfeiern anlässlich einer Urnenbestattung zu schaffen.

Von der städtischen Friedhofsverwaltung wurden im Jahre 1971 die Beisetzkammern auf den Friedhöfen Hietzing, Mauer und Simmering mit Kühlanlagen ausgestattet. Bei Begräbnissen auf diesen Friedhöfen wurde die Beistellung der Plastikhülle eingestellt. Da nunmehr der größte Teil der Wiener Friedhöfe mit Kühlanlagen ausgestattet ist, entfällt bei rund 67 Prozent der durchgeführten Bestattungen die Beistellung einer Plastikhülle.

An Stelle des bisherigen fallweisen Nachtdienstes wurde ab 15. März 1971 der kontinuierliche Nachtdienst für eine Arbeitsgruppe der Betriebsgehilfen eingeführt, wodurch die Abholung Verstorbener während der Nachtstunden besser gewährleistet ist.

Dem Bestattungsdienst steht seit 25. Oktober 1971 eine Funkanlage mit 17 Mobilstationen für die erhöhte Einsatzbereitschaft der Kraftfahrzeuge zur Verfügung.

Für Sargzustellungen in das Institut für gerichtliche Medizin, in die Allgemeine Poliklinik sowie in die naheliegenden Spitäler wurde der Betriebsstelle im 9. Bezirk des Bestattungsdienstes ein Kraftfahrzeug zugeteilt.

Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft — Sektion Industrie, Fachverband der Holzverarbeitenden Industrie Österreichs, hat ihren Mitgliedern am 6. Mai 1971 mitgeteilt, daß die Paritätische Kommission einer Erhöhung der Preise um 5,6 Prozent mit sofortiger Durchführbarkeit zugestimmt hat. Da es trotz ständiger Rationalisierungsmaßnahmen im Sargerzeugungsbetrieb nicht möglich war, die durch das Ansteigen der Schnittholzpreise bedingten Preiserhöhungen sowie andere Kostensteigerungen aufzufangen, mußte das Unternehmen von dieser Genehmigung Gebrauch machen und mit Wirkung vom 1. Juli 1971 eine Korrektur der Sargpreise für Wien und die Bundesländer vornehmen. Vorher erfolgte die letzte Sargpreiskorrektur im Jänner 1967.

Auch im Jahre 1971 wurde die Schulung der Bediensteten der Städtischen Bestattung im verstärkten Ausmaß durchgeführt und besonders das Personal einer intensiven Ausbildung unterzogen, das im direkten Verkehr mit den Hinterbliebenen steht. Außerdem wurden für das Ausbildungs- und Schulungsprogramm im Auftrage des Unternehmens zwei Archiv- beziehungsweise Schulungsfilme hergestellt, die Trauerfeiern besonderer Art des In- und Auslandes zeigen.

Reges Interesse wurde im Jahre 1971 auch dem Museum des Unternehmens entgegengebracht. Private Personen aus dem In- und Ausland, die Arbeitsgemeinschaft der Wiener Bezirksmuseen sowie die politischen Vertreter des vierten Wiener Gemeindebezirks zählten unter anderen zu den Besuchern des Museums.

Die Mitarbeit in den Interessenverbänden erstreckte sich auch im Jahre 1971 auf die „Landes-“ und „Bundesinnung der Bestatter“ sowie auf die „Europäische Bestatter-Union“. Als Mitglied der Deutschen Arbeitsgemeinschaft „Friedhof und Denkmal“, der „Funeral Directors Association“, London, und der „Preferred Funeral Directors International“, USA, pflegte das Unternehmen rege Kontakte mit europäischen und außereuropäischen Institutionen.

Bestattungsfeiern größeren Umfanges wurden, in zeitlicher Reihenfolge angeführt, für folgende Persönlichkeiten veranstaltet: Anton *Edthofer*, Schauspieler; Ehrenkanonikus Josef *Krenn*, Dechant und Pfarrer i. R.; Leopold *Thaller*, Stadtrat a. D.; Dr. Robert *Dinnebier*, Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes; Kammersänger Prof. Hans *Duhan*, Ehrenmitglied der Staatsoper; Fritz *Jellinek*, Wienerlieder-Sänger; Hofrat Dr. Max *Neugebauer*, Amtsführender Präsident des Stadtschulrates für Wien i. R.; Dipl.-Braumeister Ing. Gerhard *Mautner-Markehof*; Dipl.-Ing. Eduard Maria *Ihm*, Garten- und Landschaftsarchitekt; Gabriele *Proft*, Ehrenvorsitzende der Sozialistischen Frauen Österreichs; Louis *Soldan*, Schauspieler; Prof. Wilhelm *Loibner*, Ehrenmitglied der Wiener Staatsoper; Prof. Karl *Farkas*, Schauspieler und Kabarettist; Wirklicher Hofrat Dr. jur. Franz *Heger*, Leiter der kriminalpolizeilichen Abteilung der Bundespolizeidirektion Wien; Hofrat Dr. phil. Albert *Krassnig*, Landesschulinspektor i. R.; o. Prof. Hans *Knesl*, akademischer Bildhauer; Professor Christl *Mardayn*, Schauspieler; Abgeordnete zum Nationalrat Gertrude *Wondrack*, Staatssekretär im Bundesministerium für soziale Verwaltung; Elisabeth *Faas-Hartmann*, Kammersängerin; „Turl Wiener“, recte Theodor *Windbrechtinger*, Volksschauspieler; Prof. Emmerich *Zillner*, Komponist; Franz *Winterer*, Staatssekretär a. D.; Viktor P. *Braun*, Burgschauspieler, und Dr. phil. Max *Mell*, Schriftsteller.

Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Das Jahr 1971, nach einem verhältnismäßig lang anhaltenden Winter, in der Folge von extremer Trockenheit gekennzeichnet, brachte für die Landwirtschaft nicht die besten Voraussetzungen mit sich.

Die Getreideernte war allerdings mit einem Gesamtdurchschnitt von 36,26 q/ha sehr gut. Im einzelnen brachte Winterweizen einen Durchschnitt von 37,6 q, Winterroggen 36,10 q, Wintergerste von 50,3 q, Sommergerste von 36,4 q, Sommerweizen von 29,1 q und Hafer von 34 q je ha. Auch die Rapsernte war mit 19,6 q je ha zufriedenstellend. Hülsenfrüchte und Gemüse litten unter der Trockenheit und mußten künstlich beregnet werden, soweit die vorhandenen Anlagen eben reichten. Gründrüscherbse, die die Winterfeuchtigkeit noch nutzen konnte, brachte mit 51,4 q/ha einen ansehnlichen Ertrag, Bohne fiel jedoch gegenüber den Vorjahren infolge Wassermangels bereits ab. Die Ernte betrug hier im Gesamtschnitt 63,8 q/ha. Auch Zuckerrübe blieb mit 408 q je ha weit unter den Werten der letzten Jahre. Körnermais, für dessen künstliche Beregnung die technischen Voraussetzungen bisher fehlten, gab mit 41,4 q je ha auch nur einen Ertrag, der unter den Mittelwerten liegt. Unter den Gemüsen brachten Spinat, Radieschen, Salat und Sellerie unter Zuhilfenahme von reichlichen künstlichen Regengaben gute Erträge, alle anderen Arten befriedigten nicht.

Unter den Aufwendungen konnten die Personalkosten nach Verminderung der Anzahl an Arbeitskräften in Grenzen gehalten werden, der Anstieg des Sachaufwandes ließ sich nach der laufenden Teuerung bei Kunstdünger, Pflanzenschutz und im Dienstleistungssektor nicht vermeiden.

Die Investitionen blieben in der bisherigen Höhe, besonderer Wert wurde auf die Anschaffung arbeitsparender Maschinen gelegt, um einerseits die Leistung zu steigern, andererseits mit weniger Handarbeit das Auslangen zu finden.